

Anzeigenpreis:

Die neuangelegte Anzeigenliste...
Die Preise verstehen sich einschließlich
Erweiterungsgebühr.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Sonntagsblatt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritplatz 15195-97
Expedition Moritplatz 11753-51

Donnerstag, den 3. November 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritplatz 11753-51

Abkommen Loucheur-Silberschmidt?

Paris, 2. November. (G.) Loucheur empfing heute morgen eine Abordnung, die aus Vertretern der französischen Techniker-Gewerkschaft und der entsprechenden deutschen Vereinigung zusammengesetzt war. Von deutscher Seite waren Ingenieur Dr. Martin Kaufmann und der Abgeordnete Silber Schmidt als Vertreter erschienen. Die Abordnung wurde dem Minister durch den Generalsekretär der französischen Gewerkschaftskommission, Marcel Laurent, vorgestellt, der ausführte, daß zwischen beiden Vereinigungen ein provisorisches Abkommen getroffen worden sei, demzufolge in der toten Zone im Gebiet von Chanines im Sommergebiet elf Gemeinden aufgedaut werden sollen. Damit dieser Aufbau rasch vorantriebe, teilten die Delegierten dem Minister ihre Absicht mit, sich in wellestgehendem Maße des Wiesbadener Abkommens zu bedienen. Loucheur nahm von diesem Uebereinkommen Kenntnis und vereinbarte mit der Abordnung eine neue Besprechung für nächsten Montag, um die Bedingungen zu prüfen, unter denen dieser Plan durchgeführt werden kann.

Absetzung aller Habsburger. Ententetermin bis zum 7. November.

Paris, 2. November. (G.) Die Völkervereinigung nahm heute unter dem Vorsitz Jules Cambons die Erklärungen des tschechischen Völkervereinigers in Paris, Osustas, über die Haltung der Tschechoslowakei zur Kartfrage zur Kenntnis. Die Konferenz stellte fest, daß die ungarische Regierung durch den Beschluß, die Habsburger ihres Thrones für verlustig zu erklären, der Kleinen Entente alle notwendigen Veruhigung gegeben habe. Damit die Kleine Entente ihre militärischen Vorbereitungen einstelle, beschloß die Völkervereinigung, die ungarische Regierung einzuladen, bis zum 7. November die Absetzung aller Habsburger zu vollziehen. Sodann beriet die Konferenz über die Maßnahmen, wie Karl interniert und überwacht werden solle.

Die Konferenz erhielt die Bestätigung der Nachricht, daß Karl am 1. November an Bord des englischen Schiffes „Glowworm“ in Baha eingeschifft wurde.

Budapest, 2. November. (Ang. Corr.-Bur.) In der heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltenen interparteilichen Konferenz wurde der Entwurf der Vorlage zur Regelung der Königsfrage einstimmig angenommen.

Englands Antwort an Rußland.

London, 2. November. (W.T.B.) Die britische Regierung hat gestern eine lange Antwort auf die Sowjetnote, in der sich die Sowjetregierung bereit erklärt, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, nach Moskau geschickt. Die britische Note erfuhr um Klärung zahlreicher Punkte. Die Sowjetnote nehme z. B. Bezug auf die zaristischen Schulden, an denen Frankreich außerordentlich interessiert sei, erwähne jedoch nicht die einzigen Forderungen aus russischen Anleihen, an denen das englische Kapital in sehr hohem Maße beteiligt sei.

Die irische Krise vor der Lösung?

London, 2. November. (W.T.B.) Einer Blättermeldung zufolge sollen die diesigen Sinnfeindkreise bezüglich der Ergebnisse der irischen Konferenz durchaus optimistisch sein. Angeblich sei man sogar der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeindern bereits erzielt worden sei. Die Regierung soll einen endgültigen Plan unterbreitet haben, auf dessen Grundlage man ein einiges Irland zu schaffen hoffe. Alles hänge jetzt von der Stellungnahme Listers zu diesem Plane ab.

Die Beamten-Besoldungsreform.

Die Gesamtbelastung weit unter 30 Milliarden.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die in den letzten Tagen durch die Presse gehenden Mitteilungen über die Erhöhung der Besoldung der Reichsbeamten entsprechen nicht in allen Punkten den Tatsachen. Die über die Höhe der Grundgehälter angegebenen Zahlen sind zwar zutreffend, ein richtiges Bild über die tatsächliche Besoldung der Beamten kann jedoch nur gewonnen werden, wenn die Dienstbezüge in ihrer Gesamtheit, die Teuerungszuschläge unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichseinkommensteuer betrachtet werden. Bei der Bemessung der Dienstbezüge mußte einerseits der unbestreitbaren Notlage der Beamenschaft, andererseits aber der unerfreulichen Finanzlage des Reichs Rechnung getragen werden. Daß mit der erforderlichen Sparpolitik verfahren worden ist, ergibt sich daraus, daß nur die Beamten der untersten Gruppe das Vierzehn- oder Dreißigstücken nur etwa das Siebenfache, den Beamten der mittleren Gruppen nur etwa das Siebenfache, der Beamten der höheren Gruppen das Sechsfache ihrer Friedensbezüge gegeben wird. Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamten erreichen die in der Presse mitgeteilten Summen nicht. Sie betragen für die Reichsbeamten allein rund 7 1/2 Milliarden Mark. Wenn auch die Ausgaben, die sich im Anschluß an die Er-

höhung der Bezüge der Reichsbeamten für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reichs und der Länder ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtbelastung nicht annähernd die wiederholt genannte Summe von 30 Milliarden Mark.

Die Gewerkschaften zum Gasthausstreik. Verständigung oder Generalstreik.

Die gestrige Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung befaßte sich mit der Bewegung im Gastwirts-gewerbe. Volkmerhaus gab eine eingehende Darstellung der Verhältnisse. In der Diskussion brachte Käcker folgende Resolution ein:

„Die am 2. November 1921 tagende Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission billigt die Maßnahmen, die der Ausschuss und die Vorstandskonferenz im Interesse der Gastwirtsangestellten getroffen haben. Nach dem Bericht der heute über die Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat und dem Reichsarbeitsministerium gegeben worden ist, ist zu hoffen, daß der Konflikt in drei Tagen beigelegt wird. Sollte diese Hoffnung wieder zunichte werden, ist die Plenarversammlung fest entschlossen, auch das äußerste gewerkschaftliche Mittel,

den Generalstreik zur Anwendung zu bringen.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung wird ermächtigt, falls nicht innerhalb von drei Tagen eine Verständigung erzielt ist, sofort die erforderlichen Schritte zur Durchführung des Generalstreiks zu tun.“

An der Diskussion beteiligten sich Burde von den Gastwirtsangestellten, sowie Drimann, Laboßinski, Reinefeld, Verband der Maschinenisten und Heizer, Friß Schmidt, Zentralverband der Angestellten. Einmütig wurde hervorgehoben, daß die Durchführung dieses Generalstreiks notwendig sei. Die Behörden müssen aus diesen Tatsachen die notwendigen Schlüsse ziehen. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Die Einigungsfrage.

Am 23. und 24. November tagt in Brüssel das Exekutivkomitee unserer Internationale, um die Frage der Herstellung einer einheitlichen Internationale der Sozialisten aller Länder zu beraten. Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden die Genossen Hermann Müller und Otto Weiss an der Tagung teilnehmen.

Begünstigung der Mörder Erzbergers.

Herr Wulle spielt im „Deutschen Abendblatt“ einen neuen Sensationstrieb aus, ein angebliches Schreiben der Mörder Erzbergers, unterzeichnet „Heinrich Schulz und Heinrich Illießen“. Auf den ersten Blick erkennt man diesen Brief, der aus Emden datiert und in Berlin (?) aufgegeben ist, als aufgelegten Schwindel. Die angeblichen Brieffreier Schulz und Illießen versichern, daß sie nicht die Mörder seien, sondern nur den Auftrag gehabt hätten, die Spur auf sich zu lenken, um den wirklichen Mördern Zeit zur Flucht zu geben.

Das ist an sich schon ganz unglaublich, denn Schulz und Illießen haben gar nicht die Spur auf sich gelenkt, diese ist vielmehr nur durch einen glücklichen Zufall und durch großen Scharfsinn der Polizei gefunden worden. Aber der weitere Brief verrät dann ganz deutlich den Zweck der Uebung: die Brieffreier behaupten, daß reihliche Zentrumstreife den Mord angezettelt und finanziert hätten und daß alle bisher in der Sache Verhafteten gänzlich unbeteiligt seien.

Danach dürften sich alle Denker (zu denen wir Herrn Wulle freilich nicht rechnen) über die Absicht dieses Schreibens völlig im klaren sein. Es ist auf Bestellung gearbeitet, um die bekannten deutschnationalen Kollagen vom „Zentrumsmord“ zu stützen und um die verhafteten Helfershelfer der Mörder freizubekommen. Die Gerichtsbehörde, die auf ein solches Schreiben hereinfiel, würde mehr als unverantwortlich handeln. Der ganze Schwindel hat nur den Zweck, neue Verwirrung in die Sache zu bringen, und es ist hochcharakteristisch, daß dieser Schwindel von einem deutschmonarchistischen Blatte unterstützt wird.

Ueberdies wurden dem „Vorwärts“ die „rheinischen Zentrumstreife“ vor einigen Tagen schon angeboten. Sie stammen so sichtbarlich aus bestimmten dunklen Quellen, daß es nicht verwunderlich ist, wenn sie jetzt gerade im „Deutschen Abendblatt“ gelandet sind.

Man kann ihnen nichts beweisen.

München, 2. November. (T.L.) Wie die Blätter melden, wurden die am Freitag früh verhafteten fünf Personen, gegen die sich der Verdacht der Mittäterschaft an dem Anschlag auf den Abgeordneten Kuer richtete, ferner zwei weitere Verhaftete mangels Beweismaterials wieder freigelassen.

Ludendorffs Generalstreik.

Der neueste Memoirenband Bethmann Hollwegs vervollständigt das Bild des Generals Ludendorff als des Hauptschuldigen am Untergang Deutschlands. Ludendorff zeigt sich darin von einer Seite, die bisher zu wenig beleuchtet wurde, aber für die Beurteilung dieses vollendeten Sichtungsergebnisses des preussischen Militarismus wesentlich ist.

Die ultimative Drohung mit dem eigenen Rücktritt, falls dies oder jenes nicht sofort geschehe, wurde in der Vera Hindenburg-Ludendorff zum wesentlichen Bestandteil der Politik der D.H.V. Die stereotype Formel, um seinen Willen durchzusetzen, lautete: „Man könne die Verantwortung nicht länger tragen, wenn usw.“ Wie diese Drohungen von Soldaten gegenüber dem „obersten Kriegsherrn“ mit dem Begriff preussischer Disziplin zu vereinbaren sind, mögen uns einmal die Herren von der Rechten auseinandersetzen. Ist der Generalstreik der Generale nicht ein Anreiz zum Generalstreik der „gewöhnlichen“ Soldaten?

Auf diese Art erzwangen aber die Generale die unglückselige Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges, obwohl sie wiederholt und nachdrücklich von der zivilen Reichsleitung darauf hingewiesen worden waren, daß dieser Schritt den Eintritt Amerikas in den Krieg zur unvermeidlichen Folge haben würde. Bethmann berichtet hierüber auf Seite 129 seines neuerschienenen Erinnerungsbuches:

„Ein Hinweis des Auswärtigen Amtes auf die ersten Bedenken wurde dahin erwidert, daß der General zwar nicht vor der Eröffnung unserer Friedensaktion zum unbeschränkten U-Boot-Krieg drängen wolle, es folgte aber sofort die ganz präzise Erklärung, daß wir ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg den Feldzug verlieren würden. Ende Januar sei der Zeitpunkt gekommen. Der Feldmarschall könne die Verantwortung für den Verlauf des Feldzuges nicht mehr tragen, falls die Regierung hierauf nicht eingehe. So wurde also bereits hier am 22. Dezember von der Führung der Arme offen mit der Stellung der Kabinettsfrage gedroht.“

Einige Monate später erneuerte Ludendorff seinen bereits anlässlich des U-Boot-Krieges geäußerten Erpressungsversuch. Jetzt galt es, den Kanzler der Osterbotschaft des gleichen preussischen Wahlrechts und der Friedensresolution zu stürzen. Nach einer Kautwurfsarbeit von Wochen, an der sich als besonderer Vertrauensmann von Ludendorff der Oberst Bauer in heroischem Maße beteiligte, gelang es zwar der D.H.V., die Stellung Bethmanns ernsthaft zu erschüttern, aber noch hielt Wilhelm II. zu seinem Kanzler. Um die Entscheidung in ihrem Sinne zu erzwingen, wiederholte Ludendorff und sein Strohmann Hindenburg den Erpressertrick der Rücktrittsdrohung. Bethmann erzählt auf Seite 235 seines Buches von dem letzten Vortrag, den er am 12. Juli 1917 im Schloß Bellevue dem Kaiser über die bereits beschlossene Friedensresolution hielt:

„Nach vor Abschluß dieser Sache meldete der Chef des Militärkabinetts Seiner Majestät, daß nach einer soeben aus Kreuznach eingetroffenen Nachricht Abschiedsgesuche des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des Generals Ludendorff unterwegs seien. Der Abschied werde damit begründet, daß beide Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Hingegen habe bei der Uebermittlung der Nachricht der Oberst von Marschall, General Ludendorff sei entschlossen, diesmal nicht nachzugeben, sondern unter allen Umständen auf seinem Willen zu bestehen. Auf die erstattete Meldung kennzeichnete Seine Majestät in meiner Gegenwart scharf und bitter die unerträgliche Stellung, in die er als Monarch durch dieses Ultimatum seiner obersten Generale gedrängt werden sollte. Er befahl deren schleuniges Kommen nach Berlin. Weiterseits erklärte ich, daß eine Entlassung der beiden ja verdienstreich und von dem einmütigen Vertrauen der Nation getragenen Heerführer selbstverständlich ausgeschlossen sei, und beendete meinen Vortrag. Am nächsten Morgen reichte ich mein Abschiedsgesuch ein. Um dem Kaiser wenigstens formal die Möglichkeit zu geben, meinen Rücktritt unabhängig von dem Ultimatum der Generale zu bewilligen, nahm ich auf dieses überhaupt keinen Bezug, sondern motivierte mein Gesuch lediglich mit der parlamentarischen Konstellation.“

Unter Michaelis, unter Herling feierte der Absolutismus der D.H.V. wahre Orgien. Alles ging nach Wunsch — wenigstens soweit das Ausschalten der Volksgewalten vor den beiden Generalen in Frage kommt. Militärisch aber schlug alles fehl, insbesondere die große Offensive im Westen im März und Juli 1918, von der Ludendorff ausdrücklich erklärt hatte, daß sie den endgültigen und entscheidenden Sieg herbeiführen würde.“

*) Der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, v. Rinow, berichtet über Besprechungen mit General Ludendorff im Juli und August 1918:

„Mitte Juli 1918, vor Eintritt des Postens des Staatssekretärs, hatte ich in Wesens General Ludendorff die förmliche und bestimmte gefakte Frage vorgelegt, ob er sicher wäre, mit der jetzigen Offensive den Feind endgültig und entscheidend zu besiegen? General Ludendorff hatte meine Frage wiederholt und darauf erklärt: „Darauf antworte ich mit einem bestimmten Ja.“

(Amtliche Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Seite 16.)

Es kam der Tag — 28. September 1918 —, an dem General Ludendorff den Kopf verlor und die sofortige Entsendung eines Friedensangebots an Amerika durch eine neu zu bildende „verhandlungsfähige“ Reichsregierung für unerlässlich erklärte. Die Reichsregierung des Prinzen Max wurde gebildet, das Angebot ging hinaus.

Inzwischen wollte Ludendorff, durch irgendwelche lokale Abwehrrfolge wieder ernannt, alles wieder rückgängig machen und den Kampf von neuem aufnehmen. Das Kabinett, das nur unter dem stürmischen Drängen Ludendorffs und trotz stärkster Bedenken das Friedensangebot erlassen hatte, war der Ansicht, daß man dieses Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes: „Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln!“ nicht lediglich auf Grund der subjektiven Empfindungen und Anschauungen eines einzelnen Menschen treiben könne. In der Kabinettsitzung vom 16. Oktober wurde vom Zentrumsführer und Staatssekretär Groeber angeregt, noch andere kommandierende Generale zu Rate zu ziehen, ehe man ein derartiges Sabotagepiel riskiere. Das Sitzungsprotokoll verzeichnet hierüber (Amtliche Urkunden über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, Seite 63 ff.):

Groeber: Es genügt nicht, Erzengel Ludendorff zu fragen, sein Urteil sei nicht mehr allein maßgebend. Man müsse sich mit anderen Heerführern im Westen ins Benehmen setzen. Das Kabinett brauche diese Rückendeckung, und zwar altmäßig.

o. Payer unterstützt den Antrag, auch andere Heerführer zu hören und fragt, ob die früheren Angaben des Generals Ludendorff festgelegt seien.

Der Reichsminister erklärte, wegen der Anhörung weiterer Heerführer habe er seiner Majestät Vortrag gehalten und erwarte noch im Laufe des Tages die Entscheidung des Kaisers, von der seine weiteren Schritte abhängig seien.

Zu Beginn der Kabinettsitzung des folgenden Tages teilte der Reichsminister Prinz Max von Baden mit, daß er ein Telegramm des Kaisers erhalten habe, wonach außer Ludendorff noch andere Heerführer zu hören sein würden. Das Sitzungsprotokoll besagt sodann:

„Dies habe er dem General Ludendorff mitgeteilt. Der General habe in großer Erregung geantwortet, dann müsse er sofort seinen Abschied nehmen und mit ihm Generalfeldmarschall Hindenburg.“

Ein weniger von sich eingebildeter Mensch als Ludendorff, ein Mensch mit einigem Verantwortungsgefühl gegenüber den Millionen von Soldaten, deren Existenz auf dem Spiele stand, hätte eigentlich froh sein müssen, daß man ihn durch Heranziehung anderer Sachverständiger entlaste. In dieser kritischen Stunde Deutschlands bewies der kalte Egoist Ludendorff, daß seine Eitelkeit größer war als seine Sorge um das Schicksal von Heer und Heimat. Was ihm aber einst gegenüber dem ewig schwankenden, haltlosen Monarchen stets gelungen war, mißlang diesmal gegenüber dem Kabinett des Prinzen Max, das aus Männern bestand, die nicht gewillt waren, mit der Existenz ihres Volkes Schindluder treiben zu lassen. Solch berichtete, daß ihn am gleichen Morgen in aller Frühe der Abgeordnete Nießer aufgesucht und ihm gesagt habe, das Vertrauen der Nationalliberalen Partei auf General Ludendorff sei erschüttert, daß sie erwarte, die Regierung werde sich bei diesem Entschluß nicht nur auf Hindenburg und Ludendorff stützen, sondern auch andere Feldherren anhören. Groeber berichtete über einen gleichen Schritt Stresemanns bei ihm. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, der nationalliberale Führer Friedberg bestätigte, daß „das Publikum nicht begreifen würde, wenn hier das Schicksal Deutschlands auf den richtigen Blick von zwei Augen gestellt würde“. Prinz Max erwiderte, daß er alles dies schon Ludendorff gesagt habe; es habe nichts genützt!

Im Grunde seines Herzens dürfte Ludendorff heilfrohen gemessen sein, einen solchen Vorwand zu haben, die Verantwortung nicht weiter tragen zu müssen und andere die Suppe auslöffeln zu lassen, die er eingebracht hatte.

Einige Tage später saß er in Schweden. Und jetzt schreibt er Bücher, hält er Reden, in denen er das deutsche Volk beschimpft. Nach der politischen Erpressung die politische Verleumdung.

Die preussische Regierungsbildung.

Am gestrigen Mittwoch ist zur Neubildung der preussischen Regierung noch nichts Entscheidendes geschehen, es konnte auch nichts geschehen, da die Fraktionen der ausschlaggebenden Parteien noch gar nicht zusammen sind. So wird z. B. die Zentrumsfraktion erst am Donnerstag vormittag zur Regierungsfrage Stellung nehmen. Um so geschäftiger werden von einem Teil der Presse in gewohnter Art allerhand Kombinationen verbreitet, bei deren Zusammenstellung meist der Wunsch, daß es so werden möchte, Gevatter gestanden hat. Tatsächlich handelt es sich nur um leeres Gerede.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion, der am Mittwoch zusammentrat, hat noch keinerlei endgültige Beschlüsse gefaßt. Es wurden nur die verschiedenen Eventualitäten besprochen, die an die Fraktion herantreten könnten, und die Stellungnahme, die man jeweils dazu einnehmen müßte. Man will aber zunächst einmal die Dinge an sich herantreten lassen, wozu die Fraktion um so mehr berechtigt ist, als der Sturz des Kabinetts Stegerwald nicht von ihr, sondern von den bisher im Kabinett befindlichen Demokraten ausgegangen ist. Das gegenteilige Gerede der Rechtspresse ist sinnlos. Denn die Sozialdemokratie hat von Anfang an gegen das Kabinett Stegerwald in schärfster Opposition gestanden. Wenn sein Sturz von ihr abgegangen hätte, so hätte das Kabinett nicht sechs Monate am Ruder bleiben können, sondern wäre schon nach drei Tagen in der Verfertigung verschwunden.

Eine wesentliche Rolle für die kommende Kabinettsbildung spielt die Frage, ob Herr Stegerwald erneut beabsichtigt, für den Posten des Ministerpräsidenten zu kandidieren. Nach einer U.-Meldung beabsichtigt er dies nicht, sondern wünscht, sich wieder seinen gewerkschaftlichen Aufgaben zu widmen, denen er nach seiner Meinung schon überlang entzogen ist. Man darf aber diese Meldung keineswegs als sicher ansehen. Denn Stegerwald hat schon oft den Wunsch zur Rückkehr in seine gewerkschaftliche Tätigkeit geäußert, ihn alsdann aber wieder fallen lassen. Sollte es ihm diesmal ernst mit seinem Entschluß sein, so würde die Situation dadurch zweifellos erleichtert werden.

Der Ton der Rechtspresse ist am Mittwoch nachmittag gegen ihre Morgenblätter, die noch unter dem Eindruck des ersten Staunens standen, um einige Grade tobsüchtiger geworden. Zu welcher Sinnlosigkeit ihre Wut sich gesteigert hat, illustriert am besten ein Schlein aus dem „Tag“:

„Die Faust wird das normale politische Verkehrsinstrument und das normalste Ueberzeugungsmittel.“

Man müßte danach annehmen, daß das Ministerium Stegerwald, wie man in Oesterreich sagt, mit „Brachialgewalt“ gestürzt worden sei, wenn man nicht als konkrete Erklärung des Tages läse, daß es einer Obstruktionsdrohung der Sozialdemokratie gewichen sei. Diese Obstruktionsdrohung gehört in das Reich der politischen Fabeln. Aber man sucht bekanntlich niemand hinter dem Ofen, wenn man nicht selber dahinter gefessen hat. Obstruktion ist in Preußen allerdings einmal getrieben worden, aber das geschah in der Preussischen Landesversammlung von den beiden Rechtsparteien, die durch Hinausgehen die Annahme wichtiger Schul- und Kirchengesetze verhindert haben. Aber so weit können die gedächtnisschwachen Herrschaften nicht mehr zurückdenken.

Die „Germania“ pfändert für den Gedankens der Großen Koalition und droht damit, daß auch die Geduld des Zentrums einmal zu Ende gehen könne, wenn sie nicht erreicht werde. Aber sie muß selber zusehen, daß durch das Verhalten der Deutschen Volkspartei im Reich die Aussichten auf ein Zustandekommen dieser Koalition äußerst schlecht

sind, während sie auf der anderen Seite der Sozialdemokratie das Lob spendet, daß sie

„in diesen Tagen wiederum — zum zweiten Male innerhalb eines halben Jahres — ein hohes Maß von staatspolitischem Verantwortungsgesühl bewiesen hat, indem sie im Reich unter schwierigsten und undankbarsten Verhältnissen sich an der Regierungsbildung beteiligt hat.“

Damit gibt die „Germania“ selbst zu, daß ihre allgemein gehaltenen Klagen über parteipolitische Kurzsichtigkeit auf die Sozialdemokratie nicht zutreffen. Daß das Zentrumsblatt auf die Demokratie schlecht zu sprechen ist, die im Reich wie in Preußen den entscheidenden Anstoß zum Regierungsrücktritt gegeben haben, können wir ihm nicht übel nehmen, und sicher hat es recht, wenn es die Verantwortung der Demokratie betont, über die sich die demokratische Presse allerdings nicht allenthalben klar zu sein scheint.

Der Preussische Staatsrat ist zum 8. November einberufen worden; mit Rücksicht auf die Regierungskrisis steht es allerdings noch dahin, ob dieser Termin wird innegehalten werden können. Der Präsident des Staatsrats, Oberbürgermeister Adenauer-Köln ist gestern in Berlin eingetroffen, um an den Fraktionsitzungen des Zentrums teilzunehmen.

Reaktionäre Geheimorganisation in Sachsen.

Die Brüder vom Stein — Brigade Ehrhardt.

Dresden, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Vor Eintritt in die Tagesordnung der Mittwochssitzung des sächsischen Landtages machte der Minister des Innern Lipinski aufseherregende Mitteilungen über geschlossene Organisationen der Gegenrevolution in Sachsen. Nach der Ermordung Erzbergers erhielt der Minister Kenntnis von dem Bestehen einer Geheimorganisation in Sachsen. Die Ermittlungen ergaben, daß in Bautzen Major a. D. Schneider Leiter einer Selbstschutzhilfsorganisation für Ostsachsen ist, die in zwei Polizeijahre angefaßt war und eine glatte Fortsetzung der Orgeßch genannt werden muß. Die Bautzener Hausfuchung förderte Material zutage, das auf die Spuren der Organisation der „Brüder vom Stein“ führte. Geldgeber der Orgeßch und der „Brüder vom Stein“ sind die

Finanzanschlüsse der sächsischen Industrie.

die sich als Mitglieder des Bürgerbundes bezeichnen. Die Liga zum Schutze deutscher Kultur, der Verein zur Volksaufklärung und ähnliche politische Organisationen arbeiten mit den „Brüder vom Stein“ Hand in Hand und erhalten ihre Mittel aus derselben Quelle. Die Gelder der „Brüder vom Stein“ wurden in Dresden und Leipzig in Höhe von ca. 700 000 M. beschlagnahmt. Weiter wurde festgestellt, daß die „Brüder vom Stein“

Waffenlager in Sachsen angeammelt

haben. In Dresden wurde jüngst der Fortbildungsschullehrer Ebertschach aus Chemnitz verhaftet, weil er 135 „Pirschbüchsen“ mit falschem Bestellschein in Dresden erworben hatte und sie in Sachsen verbreiten wollte. Sie wurden jedoch beschlagnahmt. Ein zweites Waffenlager hatte Ebertschach in Gonnerrsdorf bei Frankenberg angelegt, wo 600 Infanteriegewehre und 4 Maschinengewehre am 27. Oktober beschlagnahmt wurden. Hausfuchungen in Leipzig ergaben, daß die in München aufgestellte

nationale Armee „Brigade Ehrhardt“

auch in Sachsen eine Abteilung unterhält, die sich in eine geheime Kampfsorganisation und eine geheime Feme gliedert. Zweck der Organisation ist, im Falle eines Vinsputzsches die Massen niederzuhalten und eine nationale Regierung einzuführen. Die Feme hat den Zweck, Persönlichkeiten, die der Bewegung entgegenstehen, zu bestrafen, unter Umständen zu ermorden. Das gewonnene Material läßt erkennen, daß die Brigade Ehrhardt und die Organisation Escherich als „Brüder vom Stein“ zusammenarbeiten und eine geschlossene gegenrevolutionäre Macht in Sachsen bilden.

Das Polizeiamt Leipzig ist angewiesen worden, die Auflösung des Vereins herbeizuführen. Sobald die Untersuchungen abgeschlossen sind, wird die Bestrafung der Beteiligten herbeigeführt werden.

Neben der Kunst.

Konzert-Umschau von Kurt Singer.

Wie der Spielende seinen ganzen Körper der Leidenschaft untertan macht, wie keine Muskelzelle unbeteiligt bleibt, wenn der Dämon über ihn kommt, so ist auch beim Hörenden Leib und Seele, Bewegung und Empfindung in ausgleichende Parallele versetzt. Die gefesselte Nahrung, Begeisterung, Erlebnisfreude will in körperlicher Bewegung frei werden. Wir jubeln, rufen, klatschen, wir fallen in die Knie (vor Bach), wir breiten die Arme aus (vor Wagner), wir heben das Auge (vor Beethoven), wir falten demütig die Hände (vor Bruckner). Was aber ist in uns gelöst, was entleert dem Bann, wenn wir ein Werk Regers gehört haben? Wir stehen frierend stramm, wie vor einem großen Ingenieur, der uns Grund- und Aufbau, Gebälk und Maß einer Schöpfung erläutert, mit Zahlen, Brüchen, Integralen. Nichts scheint oder das Wenigste nur von der Schöpferkraft eines Ingenieurs zu erzählen. Robin Ihr hört und seht, Konstruktion, schein-lebendiger, wandelnder Generalbass, mühselig klingend geordneter Beweis einer musterhaften Harmonikschule. Was hat die übermäßig lange, virtuos komplizierte Passacaglia und Fuge Op. 127 mit dem Leben, mit dem Herzen, was gar mit Bach, dem Vater aller irdischen Orgelkunst, zu tun? Fertigkeit ist alles, und im tiefsten Sinne unserzig alles. Der Interpret, Fritz Kleiner, ist einer der besten und schärfsten Organisten, spielgewandt, frohwillig, pudend. Auch er vermochte nicht Andacht aus den Registern zu ziehen. Viel eher gelingt das Kurt Schuberter, der eine tiefle Sachlichkeit durch einen ständig wachsenden klassizistischen Spielgeist weit macht. Das Werk, chromatische Fantasie und Fuge von Bach, werfen ihn von der Objektivität in eine sich steigende und überschwingende feilsche Anteilnahme.

Tschaikowsky ist das Eden der Träumer, wird und soll es bleiben. Eine Liebe geht von ihm aus und ein sehnüchtes Woll, und alles ist russisch und heimlich und volkstümlich. Seine Melodie, oft genug überzudert und von französischem Porfüm, nähert sich doch dem phantastischeren und gedanklicheren Melos der deutschen Romantiker, seine Redseligkeit ist Solon, aber niemals nüchtern, sein Temperament ist national, landschaftlich getrieben, ein Kosakenritt, ein Wirbelwind. Das Pathos, der Schwung, das Schluchzen seines B-Moll-Klavierenkonzerts weicht nicht mehr aus dem Ohr. Das eine Mal spielt es der junge Russe Sirota, feurig, mit zupackendem Schmitz und mit einer Menge Ungezogenheiten der musikalischen Phrosierung. Das andere Mal Frédéric Lamond, reif, von innen erhit, klar disponiert, doch nur mit klassischer, aufer-russischer Klasse, die selbst im letzten Satz zwischen dem Solisten und dem Dirigenten Fried troch deutlicher Ungeprobitheit keine Differenzen schafft. Poème d'extase heißt Scriabines berühmtes Orchesterstück, das uns der von russischer Musik besessene, glutvolle und felsenfester Russewitsch vermittelt. Ein Stück der Halbblutungen, der Uebergänge, Vorbereitungen, der färberischen Wollust im Klang. Eine Fingerspizzen-Tristan-Chromatik, die, unabhügig dämmern, schließlich die große, mit Glocken und Trompeten begrügte Erlebung bringt. Interessant im Detail, in der zarten Verwendung solistischer Instrumente, im Entfalten müde errögter

Süchte, streichelnd gedämpfter Klaffen; Russewitsch zeigte hier, wie in der „Petruska“-Ballade-Musik, glanzvolle, aufs Große gerichtete Begabung. Diese parodistischen Scherze Strawinskys gleiten absichtlich an den Grenzen ersterer Kunst vorbei. Sie sind so bezaubernd gut instrumentiert, daß man lächelnd verzeihen möchte, oder wünschte, den Tanz dabei zu sehen, den ganzen Lummel und Kummel russischer Karnevals zu erleben.

Hier also war der Spah und der Rummel Absicht. Bei Herrn Czarniawsky war nur die Absicht ernst, als er eine Sinfonie Fis-Moll schrieb. Heraus kam eine ganz schlechte Sache, eine Besoffenheit in 4 Akten, ein Gemisch von Jigeuner-, Zelt- und Boston-Musik. Empfindung und Klasse sind durch Spektakel, Lebensfarben durch grelle Schminke ersetzt. Eine Verlegenheitshemantik höchster Ordnung. Wie konnte sich Meszrowitz dafür einsetzen und die Sache so eifrig und feurig betreiben? Warum nicht vorher eine ordentliche Feuerprobe mit der Partitur? Fried hat als Dirigent viel zu sagen und herzugeben. Dem Komponisten der „Auswanderer“ aber ist gerade nur ein ferner Stimmungsgedank geblüht, ein Abbild des Sich-Büchens vor einem geradlinigen, ins Orientale verlegten Schicksal. Das Untermales kleiner Gedanken- und Sappharten, das Ueberwuchern und Ueberfahren des pathetischen Sprachmaterials (von Willner knapp gemeistert) ohne rechte persönliche Note läßt erkennen, daß dieses Melodram nicht im Zentrum musikalischer Empfindungswelt entstanden ist. Auch die anderen Hörer fühlten das instinktiv: sie riechen den Dirigenten und den Sprecher, nicht den Komponisten. Dann doch lieber Bartok, dessen Quartett Op. 7 uns der „Melos“-Kunstabend schon einmal gebracht hat, ohne davon zu überzeugen, daß hier ausladender Schwung und ekstatisches Temperament sich gerade an sehr fahbaren, fühlbaren, erlebten Noten entflammen. Und Bartok bleibt noch eine feste Kerngestalt und ein fernerer Gestalter gegenüber Kurt Francis, dessen unspielbare „Klangbilder“ nur noch Notenbild, nicht mehr Klang und Musik zu sein scheinen. Eine flatterhafte Irreleitung eigener, junger Phantasie. Edgar A. Schüh hat seine (Tenor-)Stimme noch nicht frei gesungen; das Preislied war kein Meisterlied-Stück, doch wurde es stürmisch Dalapo verlangt. Heli Richard Wagner! Carl Flesch bleibt im Ernst seiner Programme, im Geschmaek ihrer Deutung, in der Stärke seines Musikersgewissens ein Dauergewinn für Erzieher zur Kunst und zur Fertigkeit.

Leibüne: „Die unbekante Frau“. Alexander Biffon hat einen Akt geschrieben, der ewig das Parkei unter Tränenwasser legen wird. Die unbekante Frau sitzt auf der Klagebank zwischen den Bedarmen. Sie ist beschuldigt, den Geliebten mit Vorbedacht erschossen zu haben. Sie aber schwigt, damit sie nicht gesteht, daß sie aus Liebe mordete. Und der eigene Sohn, den die Angeklagte nicht erkennt, plädiert als Advokat für die Anschulb der Mutter. Als der Gotte nämlich seine Frau wegen eines Schritts vertrieb, wurde sie leichtsinnig, Wanderteirne und Säuerin. Letzte Station ihres zwanzigjährigen Abenteuerlebens ist der Lump, der ihre Schande bei dem einstigen Gatten und Sohn der Verlorenen zu Erpressungen mißbrauchen will. Die Christole schwigt, um die Ehre ihrer Familie zu retten, und nur ein kriminalistisches Wunder bringt die Wahrheit dieser Frauentragödie an den Tag.

Dieses Schauspiel von der unbekanten Frau wird jetzt in der „Tribüne“ gegeben. Man kann das Stück mit Psychologie auf-führen, aber auch ohne Psychologie und nur mit Rücksicht auf den Effekt. Man kann das Stück in vier Akte ausdehnen, aber auch auf zwei Akte zusammenstreichen. Alles das spricht für die Unverwundlichkeit des Stoffes. Frau Rosa Valetti spielt die fremde Frau mit einer außerordentlichen Geschicklichkeit. Sie verlag sich keine Wirkung, sie verfügt aber über so starke Komödiantenkräfte, daß sie selbst die ungläubliche Kolportage in ein klein Stücklein Lebenswirklichkeit verwandelt. M. S.

Drummer wird schwach. Der Streckenrapport der Berliner Reulshilfepflege meldete am gestrigen Tage nur die besangolote Bestrafung eines Malers, eines Schriftstellers und eines Buchhändlers wegen der ortsblichen Verbreitung unzuchtiger Schriften. Es wurden lediglich Geldstrafen von 200, 50 und 20 M. erzielt und dem Dichter Max Hermann-Reihe gelang es sogar, als Freigespochener die Städte des Reichs zu verlassen. Noch bedenklicher stimmt eine Meldung, die loeben aus Wien eintrifft. Dort ist die Aufführung der Komödie „Der Hühnerhof“ von Tristan Bernard dem Theater am Josephplatz verboten worden. Dasselbe Stück aber wird abendtäglich in unseren Kammertheatern gegeben. Wo steht Drummer? hängt etwa auch er an, in seinem stiltlichen Empfinden lädenhaft zu werden? Die Berliner Künstler veranstalten gerade eine Sammlung, um ihm zu Weihnachten einen naturgetreu gearbeiteten Kasperstorch zu überreichen. Aber am Ende glaubt er jetzt gar nicht mehr daran.

Enthüllungen über die Soerdrup-Expedition. Die Moskauer „Aswetsija“ treten mit der Beschuldigung hervor, daß die beiden im Eismeer untergegangenen sowjetrussischen Schiffe der Soerdrup-Expedition von vornherein dem Verderben geweiht waren. Die „Obj“ habe die Fahrt angetreten, ohne ihre Reparatur beendet zu haben, und keines der beiden Schiffe habe die für das Eismeer notwendigen Vorrichtungen besessen. In Murmansk und Archangelsk hätte jedermann gewußt, daß die Schiffe für die gefährliche Fahrt durchaus ungeeignet waren. Die leichtfertig organisierte Expedition werde alle bisher erfolgten Ausgaben für die Erforschung des nördlichen Seeweges und für die Aufstellung von Funkstationen an der Nordküste wertlos machen, da die infolge des Unfalls ins Ungemessene gesteigerten Versicherungstarife weitere Fahrten verboten werden.

Eine ukrainische Hochschule in Prag. In Prag fand im Beisein zahlreicher Vertreter der tschechischen Professorenschaft und eines Vertreters des tschechischen Außenministeriums die feierliche Eröffnung der ukrainischen Freien Hochschule statt, die infolge der polnischen Verfolgungen der ukrainischen Hochschulejugend in Ostgalizien gezwungen ist, hier in der Tschechoslowakei ein Asyl zu suchen.

Museumsführungen durch Direktorialbeamte finden am nächsten Sonntag 9½ Uhr im Kaiser-Friedrich-Museum (Abteilung: Deutsche Gemälde), im Neuen Museum (Kupferstichkabinett) und in der Sammlung für deutsche Volkstunde (Klosterstraße 36) statt. — Eintrittskarten (1 M.) vor Beginn am Eingang der Museen.

Auch Preußen antwortet.

Die Verhörerung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen.

Auf die Anfragen des Genossen Hue an die Regierung hat jetzt auch Preußen geantwortet, nachdem das Reich die Absicht, die Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen zu privatisieren, seinerseits abgelehnt hat. Die preußische Regierung läßt nun folgendes mitteilen:

Es ist nicht zutreffend, daß seitens der preußischen Staatsregierung der Plan besteht, die Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen einem privatkapitalistischen Konsortium zu übertragen. Weder der Handelsminister noch die Staatsregierung haben sich bisher mit einem solchen Plane befaßt. Die Befürchtungen des Abgeordneten Hue, daß die Häfen einem „rentenkapitalistischen Unternehmertum“ übertragen werden sollten, sind daher gänzlich unbegründet.

Wichtig ist vielmehr lediglich folgendes: Bereits vor der Staatsumwälzung ist wiederholt in dem Hafenrat der Duisburg-Ruhrorter Häfen erörtert worden, welche Schritte zu unternehmen seien, um die Verwaltung der Duisburg-Ruhrorter Häfen beweglicher und anpassungsfähiger an die jeweiligen Verkehrsbedürfnisse zu gestalten. Nach der Umwälzung und nach dem finanziellen Zusammenbruch (?) wurde in jener Körperschaft aus Anlaß der Ueberführung der Wasserstraßen auf das Reich weiterhin erwogen, ob und in welcher Weise es möglich sei, den Staat von großen Aufwendungen seiner Betriebe zu entlasten und gleichzeitig die Betriebe leistungsfähiger zu gestalten. Von verschiedenen Seiten sind ohne Zutun der Staatsregierung diesbezügliche Vorschläge gemacht worden. Die Verhandlungen darüber im Hafenrat waren bisher nur ganz allgemein und haben keineswegs Ergebnisse gezeitigt. In dieser Verhandlung des Hafenrats haben sich Vertreter der Staatsregierung beteiligt, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerkung, daß sie zwar zur Klärung der Frage beitragen wollten, keineswegs aber in der Lage wären, für die zuständigen Ressortministerien, geschweige denn für die Staatsregierung, irgendwelche Stellung zu nehmen. Es kann nicht anerkannt werden, daß diese Behandlung der Angelegenheit von Seiten des Staates in irgendeiner Weise die verfassungsmäßigen Rechte des Landtages angetastet hat, man müßte sich denn auf den Standpunkt stellen, daß sich bei jeder Einbringung einer Gesetzesvorlage der Landtag von den ersten Anfängen ihrer Vorbereitung an zu beteiligen hat. Daß die Behandlung der Angelegenheit als vertraulich bezeichnet wurde, ergibt sich aus sonstigen sehr naheliegenden Gründen. Im übrigen bedarf es keiner Erörterung, daß die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze auf die Duisburg-Ruhrorter Hafenverwaltung nicht gleichbedeutend ist mit der „Auslieferung an das private Kapital“.

Dabei kann aber sehr wohl die Frage behandelt werden, wie privates Kapital hereinzumischen ist, ohne daß die öffentliche Hand sich der Führung des Unternehmens entledigt. Es sei nur an die vom Reich eingeleitete Begründung von Aktiengesellschaften für den Rhein-Redar- und den Main-Donau-Kanal erinnert, wobei ebenfalls die öffentliche Hand überwiegend beteiligt und maßgebend bleibt. Bisher hat sich, soweit der Staatsregierung bekannt ist, die Erörterung über eine andere Gestaltung der Verwaltung lediglich in rein theoretischer Untersuchung der Möglichkeitswege bewegt, von denen der eine auch die Gründung einer Hafenbetriebsgesellschaft ist. Daß bei allen diesen Untersuchungen auch die Frage der Beteiligung des Reichs offen bleiben mußte, ist klar, wenn auch zugegeben ist, daß die wirtschaftsgeographische Lage zwischen Rhein-Herne-Kanal und Rhein und seine enge Verbindung mit den Reichseisenbahnen nicht wesentlich verschieden ist von den Verhältnissen auch anderer Häfen, insbesondere denen der Hansestädte.

Die Staatsregierung wird um so mehr die Verpflichtung haben, in eine ernste Prüfung der bisher lediglich im Rahmen einer losen Erörterung im Hafenrat behandelten Frage einzutreten, als der Staatsrat einstimmig bei der Feststellung des Haushaltsplans für das Jahr 1921 den Wunsch ausgesprochen hat, die staatlichen Betriebsverwaltungen mehr als bisher nach den Grundsätzen einer Ertragswirtschaft kaufmännisch zu betreiben, ein Gedanke, der im übrigen auch im Artikel 92 der

Sprachliche Mithwisschaft. Es ist längst bekannt, daß gerade die Erz- und Urteutonen mit der deutschen Sprache sorgfältig auf Kriegszug stehen. Jetzt lamentiert zum Sturz des Kabinetts Stegerwald die „Deutsche Zeitung“: „Es ging doch alles ganz gut in Preußen, seitdem die sozialdemokratische Mithwisschaft durch eine andere ersetzt worden war.“

Armer Stegerwald, Gott schätze dich vor deinen Freunden!

„Der Oger“ von Oskar Loerke. (Verlag Hoffmann u. Campe, Berlin.) Oskar Loerke, dessen spröde April in der Sinfonie der neueren Dichtung eine führende Stimme hält, hat einen Roman geschrieben. Oder vielmehr: man muß sagen: er hat seinen Roman geschrieben. Der Westpreuße zeichnet die Geschichte einer Familie auf, die gewiß die seiner eigenen ist oder zum mindesten so mit Kindheits- und Jünglingserlebnissen angefüllt ist, daß sie zur eigenen Entwicklungsgeschichte wird. Entwicklungsroman und Helmutroman: so könnte man platitieren, wenn man dieses Buch einordnen will. Aber beides in so persönlicher Art, daß der Roman doch in kein Schema hineinpaßt. Das preußische Können Loerkes hat dieser Entwicklungsgeschichte einen Rahmen gegeben: die Fahrt eines Fischereidampfers, an der der Sohn des Helden dieser Geschichte mit seinem Bruder teilnimmt und auf der er diese Lebensgeschichte des Vaters und der Familie aufzeichnet. So stillförmig glänzend gerade diese Rahmenerzählung abschließt, so sehr lockert sie doch die Komposition des Ganzen: oft beinahe feuilletonistisch, nimmt sie diesem außerordentlichen Buche mehr, als sie ihm gibt. Dies und die Belastung mit einigen Breiten, die dem Leser nicht das sein können, was sie dem Gedächtnis des Dichters sind, weil dem Leser die bildenden Erinnerungen fehlen, sind allerdings die einzigen Aussetzungen, die man anmerken möchte und schließlich als Eigenart dieses germanisch-sächsischen Dichters doch gelten läßt. Im übrigen nimmt man die nicht einfache Poesie mit jener Andacht vor, die ein Werk von strengster Geißigkeit und unerbittlichem Ernst erfordert. Die Landschaft der Weichsel und das Meer geben den schwerelastigen Hintergrund, Einflamkeit und Krankheit des Helden dieser Lebensgeschichte eine düstere Atmosphäre. Ein Mensch, dem kein Tag des Lebens leicht wird, weil er jede Stunde ins Bewußtsein seines Wesens und Wollens hebt, jede Stunde von sich aus formt und gestaltet, der nichts gelten läßt, was nicht er kämpft und erlitten ist, und der doch immer aus Erbium und Zukunftsdruck Bosancen zu finden sucht und keine Vergewaltigung durch den Zufall in sich duldet: das ist der Aufzeichner dieser Lebensentwicklung, das ist Loerke. Das Buch ragt turmhoch empor. Seine Weltanschauung wie die Sprachkunst, in der sie Fleisch wird, zeugt von einem Verantwortungsfühl, wie es in Deutschland selten ist. Es ist weit mehr als ein Roman: es ist ein Dokument. Man stellt es in jenes Fach eines Bücherchranks, aus dem man sich Vektüreholt, wenn man an der Welt zu zweifeln und zu verzweifeln beginnt. D. G. H.

Große Volkoper Berlin. In dem am Donnerstag stattfindenden 2. Abonnementkonzert in der Willhalmstraße singt Barbara Erny die drei neuen Opern von Strauss; ferner gelangt unter Guban-Brechers Leitung die Alpenfonie und die Eulenplegel zur Aufführung.

„**Vom Roten bis heute**“ nennt Elise Rahmow, Wallentin und Maxim Wallentin (vom Deutschen Theater) ihren Vortragabend, welcher am Montag, den 7. abends 7 1/2 Uhr, in der Berliner Seesession (Kurfürstendamm 222) stattfindet.

Reichsverfassung hinsichtlich der Reichseisenbahnen aufgestellt ist und den der Landtag selbst unter lebhafter Zustimmung der Sozialdemokraten hinsichtlich der staatlichen Bergwerke soeben erst wieder zu dem feingebildeten hat.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß die im Artikel des „Vorwärts“ aufgestellten Befürchtungen lediglich auf Vermutungen beruhen, welche durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigt werden. Vor allem muß aber betont werden, daß es sich bislang nur um Vorschläge handelt, die in endgültiger Form überhaupt noch nicht an die Staatsregierung gelangt sind, so daß diese auch noch keinerlei Stellung hat nehmen können.

Gegenüber diesen Mitteilungen ist zu betonen, daß an dem vom Genossen Hue mitgeteilten „unverbindlichen Vorschlag“, der tatsächlich eine Auslieferung der Hafenanlagen an das Privatkapital vorsieht, die Herren Geheimrat Peters und Krone vom preußischen Ministerium mitgewirkt haben, wie auch Oberbürgermeister Dr. Jarres als Vertreter für die Stadt Düsseldorf an der Ausarbeitung beteiligt war. Ohne weitgehende, wenn auch „unverbindliche“ Zusagen der Regierungsvertreter wäre es wohl ausgeschlossen gewesen, daß der Entwurf bis zu diesem Grade gediehen ist. Was hat die Geheimräte aber zu solchem Entgegenkommen bewogen? Daß die Ratschläge noch nicht an die Staatsregierung gelangt sind, besagt gar nichts. Derartige Abreden mit Interessenten pflegen regelmäßig erst als Vorlage herausgebracht zu werden, wenn die politischen Wirkungen einigermaßen zu übersehen sind. Das waren sie nicht, solange die Verhandlungen vertraulich waren. Daß man sie jetzt richtig einschätzen kann, ist keineswegs das Verdienst der Preußenregierung, sondern des Genossen Hue, der einmal die Frage in aller Deutlichkeit aufgeworfen hat.

Im übrigen wird der Hafenbetriebsrat zu den vertraulichen und unverbindlichen Vorschlägen Stellung nehmen, wahrscheinlich in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen wird.

Marktsturz und Arbeitslosigkeit.

Wie in den Vormonaten hat sich auch im letzten Monat die Arbeitslosigkeit in Deutschland verringert. Im Handeltsgewerbe kommen augenblicklich, wie wir dem „Reichsarbeitsblatt“ entnehmen, auf eine offene Stelle noch drei Arbeitsuchende, in der Metall-, Maschinen-, Leder-, Papier-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist das Verhältnis wie 1 zu 2, in den anderen Gruppen wie 2 zu 3. Im Bergbau, neuerdings auch im Baugewerbe und in der chemischen Industrie, bleibt das Angebot an Arbeitskräften sogar bereits hinter dem Bedarf zurück.

Die Zahl der aus Mitteln der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge unterstützten Vollerwerbslosen (ausschließlich Familienangehörige) ging im Berichtsmontat von 233 006 (Stand vom 1. September) auf 189 407 (Stand vom 1. Oktober) zurück. Das entspricht einer Abnahme um 43 599 oder 18,7 v. H. (im Vormonat 13,2 v. H.). Besonders stark machte sich der Rückgang in der beantragten Erwerbslosenfürsorge beim weiblichen Geschlecht geltend. Hier sank die Zahl der unterstützten Vollerwerbslosen Frauen von 55 592 (Stand vom 1. September) auf 43 540 (Stand vom 1. Oktober), d. h. um 12 052, also um 21,7 v. H., d. h. also mehr als ein Fünftel (im Vormonat 11,8 v. H., also etwa ein Zehntel). Die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger sank von 177 414 (1. September) auf 145 867 (1. Oktober), d. h. um 31 547 oder 17,8 (Vormonat 13,6).

Es ist nicht uninteressant, die vorliegenden Erwerbslosenziffern mit den Vorkriegsziffern zu vergleichen. Nach einer Statistik der Arbeitnehmerverbände beträgt die Zahl der Arbeitslosen seit dem Juli dieses Jahres weniger als die Arbeitslosenziffer vor der Hochkonjunktur 1913. Auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder kamen nach dem Bericht im Juli 1921 2,6 Arbeitslose gegen 2,9 im gleichen Monat des Jahres 1913, im August lautete die entsprechenden Ziffern 2,2 und 2,8, im September 1,8 und 2,7. Ueberblickt man in der Statistik die Zahl der Arbeitslosen für den Monat September seit dem Jahre 1907, so ergibt sich, daß die Arbeitslosenziffer — abgesehen von den abnormen Kriegsjahren 1917 und 1918 — nie so tief stand wie in diesem Jahre.

Besonders stark war der Rückgang an Arbeitslosen im letzten Monat. Man geht kaum fehl, das mit dem Marktsturz in Zusammenhang zu bringen. Die Abschließlichkeit unseres Marktes steigt vorläufig noch mit der den Auslandspreis verbilligenden Geldentwertung. Es braucht nicht betont zu werden, daß diese Entwicklung durchaus ungesund ist. Der deutsche Arbeiter sinkt immer mehr zum Ausl der Kapitalisten der großen Welt herab. Er wird wider seinen Willen zum Preisdrücker für die Lohnarbeiter der volkstümlichen Länder. Seine Lebenshaltung sinkt, mag auch sein Arbeitsmarkt vergrößert werden. Eine Volkstabilisierung bleibt letzten Endes auch für ihn eine Lebensnotwendigkeit.

Die Not der Reichswerke.

Protest der Angestellten der Hauptverwaltung.

Eine Betriebsversammlung der Angestellten der Hauptverwaltung der Deutschen Werke A.-G., einberufen vom Betriebsrat, füllte gestern Sitzungssaal und Tribüne des vormaligen Herrenhauses bis zum letzten Nag. Sie gestaltete sich zu einer eindringlichen Protestkundgebung gegen die Maßnahmen der Entente-Kommission zur Unterbindung der Lebensfähigkeit unserer Reichsbetriebe.

Stützen, der als erster Vorsitzender des Betriebsrates die Versammlung leitete, kennzeichnete jene Maßnahmen gegen die einzig und allein wirtschaftlichen und friedlichen Zwecken dienenden Reichsbetriebe. Ihre Durchführung würde Tausende und aber Tausende von Angestellten und Arbeitern aus einer lieb gewordenen Beschäftigung herausreißen. Es gilt Protest einzulegen und zu erklären, daß man nicht länger gewillt sei, die unüberlegten Maßnahmen gegenüber den Reichswerken still hinzunehmen.

Stützen begrüßte dann die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen, die ebenfalls erschienen waren.

Beder, 2. Vorsitzender des Betriebsrats, referierte dann im einzelnen über die zur Erörterung stehenden Ententemaßnahmen gegen die Deutschen Werke, die sinnlos seien und deren Wirkung an schwersten die drohlos werdenden Arbeiter und Angestellten und ihre Familien treffen würde. Die Raten des Generals Rollet bedeuten einen ungeheuren Eingriff in die Produktionsfähigkeit und unsere Existenz. Und für die Wiedergutmachung, für die die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft sich erklärt hat, wird mit den Mitteln des Herrn Rollet wahrlich nichts getan. Woher sollen die Leistungen für den Wiederaufbau kommen, wenn man uns das Werkzeug unserer Arbeit aus der Hand schlägt? Wir wenden uns auch an die Arbeiterchaft Englands und Frankreichs und rufen ihr zu: „Nicht der General, sondern der Kaufmann soll der Mittelsmann zwischen uns und Euren Ländern sein. Wir wissen, daß der Geist der Militärs und öffentlichen Zeitungsverleger nicht der Geist Frankreichs und Englands ist. Daß nicht, daß man unsere Arbeitsstätten unter höchsten Gründen schließt. Gedenkt unserer Not! Wir erklären Euch, daß wir unerschütterlich vom besten Willen zur Wieder-

gutmachung erfüllt sind, aber gerade deswegen uns nicht der Willkür Eurer Kommissionen beugen. Wir werden unsere Diktation auffordern, mit uns bis zum Äußersten zusammenzufassen.“ (Stürmische Zustimmung.)

Fräulein Kademann sprach für die weiblichen Angestellten. — Angestellter Behnke: Die große Waise Militarismus und Chauvinismus droht unsere Deutschen Werke zu zerstören; ein blödsinniger Zerstückelungsbedacht unsere Existenz, die wir Munitionsherstellung selber verhindern würden und sogar die Herstellung von Zielmunition abgelehnt haben. Auch die Existenz zweier Gemeinden — Spandau und Erfurt — wird in Frage gestellt. Die zweite Internationale muß ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen.

Rehner spricht für das Ortskartell der Afa und ist dabei der Zustimmung des Afa-Bundes sicher: Einen Appell an nationale Gefühle lehnen wir ab. Aber wir protestieren dagegen, daß alle Maßnahmen der Entente die Lasten ausschließlich auf die Schultern der Angestellten und Arbeiter legen. Wir wollen den Friedensvertrag zur Durchführung bringen, aber wir müssen sagen: Wenn so weiter gewirtschaftet wird seitens der Entente, dann macht man es uns unmöglich, denn das ist ein Vorgehen gegen die klare Vernunft. — Redner versichert den Versammelten die Sympathie des Afa-Bundes. — Sympathiegedingungen geben auch auf dem Gebiet der Gewerkschaften und Arbeiter und Krieger vom Deutschen Handlungsgewerkschaftenverband in dessen Namen und im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Generaldirektor Dr. Weinig schloß seine Ausführungen mit den Worten: Wir müssen in dieser Zeit eng zusammenhalten. Wir wünschen, daß unsere Werke bleiben, was sie sind — Stätten friedlicher Arbeit! (Starker Applaus.)

erner sprachen für das Wohl und Wehe der bedrohten Angestellten- und Arbeiterchaft Lüd vom Zentralbetriebsrat, Kasper vom AdL und Sabath namens der Berliner Gewerkschaftskommission.

Sabath erklärte: Wir versprechen, daß wir alles tun werden, die auf die Friedensproduktion eingestellten Werke zu erhalten. Nur wenn wir in den mit großen Opfern geschaffenen Friedenswerken arbeiten können, werden wir eher als sonst in der Lage sein, die Reparationen zu erfüllen. — Nachdem noch Direktor Hansen gesprochen und den Dank des Vorstandes der Deutschen Werke A.-G. für die einmütige Zustimmung zu seinem Vorgehen ausgesprochen hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Angestelltenchaft der Deutsche Werke, Aktiengesellschaft, hat seit Gründung der Firma die Möglichkeit gehabt, den Umstellungsvorgang der Kriessindustrie auf die Friedenswirtschaft auf genaueste zu verfolgen. Mit Hilfe der Direktion, der Angestellten und der Arbeiterchaft und durch deren einmütiges Zusammenarbeiten Hand in Hand ist es möglich gewesen, aus Betrieben, die früher nur für Kriesszwecke gearbeitet haben, Betriebe zu schaffen, die dem Wiederaufbau, dem Handel und der Wirtschaft dienen.“

Das Vorgehen der Entente hat zur Folge, das viele Tausende und aber Tausende von Angestellten und Arbeitern nicht nur aus der ihnen lieb gewordenen Beschäftigung herausgerissen werden, sondern daß sie ihre Arbeit verlieren und mit ihren Familien, mit alten Eltern, Frauen und Kindern dem Staate zur Last fallen und der Not und Verweisung preisgegeben werden. Die Forderungen der Entente haben aber weiter zur Folge, daß die Produktionsfähigkeit Deutschlands immer größer wird, und daß die Möglichkeit der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, die von der Regierung bisher treu und redlich gehalten wurden, immer geringer werden muß.

Die versammelten Angestellten der Deutsche Werke, Aktiengesellschaft, erblicken in dem Vorgehen der Entente einen systematischen Feldzug der französischen Militärs, der darauf hinausläuft, Deutschland und sein Volk zu vernichten und auszurotten. Die Angestellten protestieren mit aller Schärfe und Entschiedenheit gegen ein derartiges Vorgehen, das durch nichts berichtigt ist und lediglich den Ruin verfolgt, die deutsche Industrie und speziell die Deutsche Werke, Aktiengesellschaft, die als sozialistischer Betrieb eine Vorstufe für eine Wirtschaftsunordnung darstellt, aus dem Wirtschaftsvorgang auszuschalten und zu vernichten.“

Die Strafanträge im Militärurteilprozess.

Köln, 2. November. (Hg.) In der heutigen Sitzung berechnete Staatsanwalt Hermanns den übermäßigen Warengewinn der Angestellten auf 22 Millionen Mark. Zu diesem einzuschickenden Gesamtbetrag kommen noch 5,6 Millionen, die bei dem Bankhause Nordmeier liegen. Auch ein Teil der gezahlten Provisionen sei als zu hoch anzusehen. Die Angestellten sind nicht auf eine Stufe mit Schiebern zu stellen, aber sie haben die Not des Ministeriums und die Unerschaffenheit der Beschaffungstelle in schnöder Gewinnsucht ausgenutzt. Bei den deutschen Angestellten kommt in Betracht, daß sie sich mit einer englischen Firma zusammengetan haben, um den preussischen Staat auszubeuten und daß sie den Gewinn in das Ausland verschoben und so dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen haben.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Mac Cleland einschließlich der Strafe für Kapitalflucht eine Gesamtstrafe von ein Jahr zwei Monate und zwei Wochen Gefängnis und 60 000 M. Geldstrafe, gegen Trobed sechs Monate Gefängnis, gegen Wann, Wang und Härle je drei Monate Gefängnis und je 200 000 M. Geldstrafe, gegen Schreiber zwei Monate Gefängnis und 200 000 M. Geldstrafe, gegen John sechs Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, gegen Strinselt 200 000 M., gegen Henjeler 50 000 M., gegen Esch 30 000 M. und gegen Zahn 5000 M. Geldstrafe.

Laugeneinbruch in einem Bergwerk.

Braunschweig, 2. November. (W.N.) Minister Dertter teilte in der heutigen Sitzung der Bundesversammlung mit, daß in dem Schacht des Kalibergwerks Hedwigsburg, wo am Montag morgen ein Laugeneinbruch erfolgte, das Wasser hundert Meter stieg. Von den 600 Arbeitern können nur die Hälfte vorläufig auf der Sohle des Werks weiterbeschäftigt werden. An eine Beseitigung der Wassermassen sei in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Zu Delegierten der gemischten Kommission für Oberschlesien sind Geheimrat Engel Bunzel und Bankdirektor Leusner aus Breslau (Schlesischer Bauverein) ernannt worden.

In der spanischen Kammer kritisierte D'Alcaza im Laufe der Debatte über Marollo schärf das Verhalten des Bitterbundesrats in der oberitalienischen Frage. Sein Spruch sei ein Hohn auf die Gerechtigkeit. In der Welt gelte allem noch brutale Gewalt.

Botschafter Dr. Mayer legte zum Gedächtnis an die in Frankreich gefallenen deutschen Soldaten auf dem Voritz Friedhof in Jbrn einen Kranz nieder.

Die Eröffnung des Internationalen Gerichtshofes wird Ende Januar erwartet. Der Gerichtshof wird seine erste Sitzung im Friedenspalast abhalten.

Der Ministerpräsident von Südafrika, Smuts, bedauerte, daß drei der englischen Dominions auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten seien und sprach den Wunsch aus, man möge es bei künftigen internationalen Konferenzen so halten wie auf der Pariser Friedenskonferenz, auf der man alle englischen Kolonien als selbständige Staaten behandelt habe.

Vicelands Stellvertreter in Paris während der Washingtoner Konferenz ist Justizminister Bonnevay.

Gewerkschaftsbewegung

Vom Gasthausstreik. Gewalttätige Streikbrecher.

Am 31. Oktober abends 7 Uhr kamen auf einem Wagen der Firma R. A. H. (Kaiser-Granz-Orenador-Platz 8) vor dem Ausgang des Hotels Erzzeiler in der Anhaltstraße 3 Streikbrecher an, die ohne jede Brantallung mit meterlangen Eisenrohren, starken Handbohrmaschinen u. dergl. auf die Streikposten einschlugen. Mit Hilfe des Publikums wurden die Burschen, nachdem man ihnen die „Waffen“ abgenommen hatte, zur Wache gebracht, wo sich herausstellte, daß sie auch Schlagringe bei sich trugen. Da alle drei keine Wohnung angeben konnten, wurden sie nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Worte und Taten.

In halbseitengroßen Inseraten versichern die Unternehmer des Gastwirtsberufes, daß ihnen nichts fernere läge, als die Organisation ihrer Angestellten zu zerstören. Wie wenig ernst es ihnen aber damit ist, beweist eine Postkarte mit folgendem Aufdruck:

An den Vorstand des Generalverbandes der Hotel-,
Restaurant- und Caféangestellten,
z. H. des Herrn Burde, Berlin.

Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Organisation.
Berlin, den . . . Oktober 1921.

Diese Karte ist nachweislich schon im September, also vor Beginn des Streiks, im Auftrage der führenden Unternehmerorganisationen hergestellt und an die Teilnehmer der Arbeitgeberversammlungen in jeder gewählten Menge abgegeben worden. Drucker und Preis des Druckauftrags sind ebenso bekannt wie die Stelle, welche diese Karten bezahlt hat.

387 M. Tagesverdienst.

Bei der letzten Besprechung vor dem Demobilisierungskommissar erklärte ein Gastwirt: Um festzustellen, was ein Kellner unter dem 10-Proz.-System (Bedienungsgeld) verdienen würde, habe ich selbst einen Tag als Streikbrecher gearbeitet. Ich hatte einen Umsatz von 3150 M., verdiente also 315 M. Bedienungsgeld und erhielt außerdem 72 M. Trinkgeld.

Wir fragen das Publikum: Ist eine solche Entlohnung unfug oder nicht? Wo bleibt die Behauptung der Unternehmer, daß infolge ihres Bedienungsgeldes kein Trinkgeld mehr gegeben würde?

Forderungen an den Magistrat.

In der gestrigen Versammlung des Bohntartells für die Gemeindebetriebe Groß-Berlins wurde beschloffen, ab 1. Dezember einen Zuschlag von 3,50 M. auf alle Stundenlöhne zu fordern. Ferner wurde ein Antrag angenommen, vom Magistrat eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 1000 M. zu verlangen und — falls diese bis dahin nicht bewilligt werden sollte, in den Streik einzutreten. Ein ausführlicher Bericht folgt.

Vom Wach- und Sicherheitsdienst.

Wie in Berlin bestehenden namhaften Wachgesellschaften haben am 1. Oktober mit dem Deutschen Transportarbeiterverband einen neuen Tarifvertrag geschlossen. Die Wächter bei diesen Gesellschaften sind fast vollständig organisiert, und es gelang auch diesmal ohne Kampf, zur Einigung zu kommen. Eine Ausnahme macht die Gesellschaft „Wach- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin“, Potsdamer Straße 74. Die dort beschäftigten Wächter haben den Bund zum Götter gemacht. Was es vor dem schon nicht möglich, die Einhaltung des Tarifvertrages hier in allen Teilen zu erreichen, so ist es jetzt dem Direktor v. Hirsch-Schwabe mit Hilfe des Betriebsrats Wittmann und des Inspektors Bugisch gelungen, den Abschluß des Tarifvertrages zu hinterziehen. Der Schlichtungsausschuss hat aber am 24. Oktober entschieden, daß der Tarifvertrag auch für diese Firma Geltung hat. Der Verband ist den Herren ein Dorn im Auge, er soll ausgemerzt werden. Da die Belegschaft sich nicht zwingen läßt, dem christlichen Verband beizutreten, erklärt man rund heraus (Inspektor Bugisch): „Wer nicht aus dem Transportarbeiterverband austritt, wird entlassen!“ Man sieht sich über das WIG hinweg und entläßt auch die übrigen Betriebsräte, die treu zu ihrer Organisation hielten. Diese Firma, die ihre Angestellten als Streikbrecher verwendet, die im Grunemaid eine Katenzwerkgesellschaft eingerichtet hat, ist ein Schandbild des ganzen Wachwesens. Es werden junge Leute beschäftigt im Alter von 18—19 Jahren, die nicht zum Wachdienst geeignet sind. Dieselben werden als „Detektivlehrlinge“ angenommen und müssen noch bezahlt bezahlen. Die Zustände bei dieser Firma sind das Ergebnis der Interesslosigkeit der dort beschäftigten Wächter.

Die Betriebsräte der verschiedenen Berufe bitten wir, darauf zu achten, wer die Bewachungen ausführt. Die tariftreuen Firmen sind in unserem Bureau, Bayreuther Str. 21, zu erfahren.

Der Statistiker Colmer.

Die „Wirtschaftlichen Tagesberichte“ des Wirtschaftsstatistikers Richard Colmer bieten der reaktionären Presse eine wahre Fundgrube von Material gegen die organisierte Arbeiterschaft, aus der diese Presse mit um so größerem Eifer schöpft, als sie sich dabei dummschlagen und so den Herrn Colmer immer noch als „den bekannten sozialdemokratischen Volkswirtschaftler“ vorstellen kann.

Den Achttundentag verzerrte Colmer in Nr. 64 seiner Korrespondenz wie folgt:

„Nun haben wir dem Gesetze nach den Achttundentag, in Wirklichkeit arbeitet aber der Arbeiter im Durchschnitt erheblich darunter. Früher hieß es in der Sozialdemokratie: Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, so kämen nach der Parole 2020 Stunden im Jahr auf die Arbeit, 2020 Stunden auf den Schlaf und ebensoviel auf die freie Zeit. Aber in Wirklichkeit werden nicht 2020 Stunden auf die Arbeit verwandt, sondern erheblich weniger. Unter Berücksichtigung der Sonn-, Feiertags- und Ferientage sollte etwa an 295 Tagen im Jahr acht Stunden gearbeitet werden. (Es sind also hier noch nicht die Urlaubstage voll gerechnet!) Das ergäbe eine Arbeitszeit von 2360 Stunden im Jahr gegen 2020, wenn man nach der ursprünglichen Dreiteilung des Tages ginge. Es wären 6 1/2 Stunden Arbeit pro Tag, 8 Stunden Schlaf und 9 1/2 Stunden freie Zeit. In Wirklichkeit aber wird noch weniger hauptsächlich gearbeitet. Es kommen nach Streiktagen, dann aber Einschränkungen des Betriebes, Kurzarbeit usw. hinzu, so daß es hoch kommt, wenn durchschnittlich fünf Stunden am Tage gearbeitet wird.“

Colmer hat dabei nicht einmal die Vesperpausen berücksichtigt, die insgesamt auf das Jahr berechnet einen ganz gewaltigen Zeitverlust bedeuten. Die Arbeiter aber, die etwa glauben, wenn sie morgens eine Stunde mit der Stadt- und Ringbahn zur Arbeit spazieren fahren und abends wieder zurück, oder täglich einen angenehmen Spaziergang von und zur Arbeit machen, so sei das keine freie Zeit, sondern Zeit im Interesse der Arbeitsfähigkeit, werden sich durch Richard Colmer eines Besseren belehren lassen müssen. Was ist Taylor? Ein elender Stümper, solange er nicht ganze Arbeit macht und Colmers wirtschaftswissenschaftliche statistische Resultate seinen Arbeitsmethoden zugrunde legt.

Der Achttundentag im Auslande.

Das ganze mühsam errungene System des Achttundentages, ob durch Gesetz und Verordnung oder aber durch Kollektivvertrag gesichert, kommt infolge der Umtriebe der Arbeitgeber und Regierungen ins Wanken. Aus fast allen Ländern liegen Berichte über einen Angriff gegen den Achttundentag vor. In Südafrika ebenso wie in Irland dürfen z. B. die Eisenbahner nicht mehr die Wohltaten des Achttundentages genießen. In Italien wurden durch Gesetz vier von den sechs Washingtoner Konventionen ratifiziert, nur die Konvention betr. Achttundentag und die Altersgrenze der Kinder zu gewerblichen Arbeiten sind von diesem Gesetz nicht erfaßt. Mit der Frage der Arbeitszeit befaßt sich ein besonderes der Kammer vorliegendes Gesetz. In Belgien ist das Gesetz über den Achttundentag erst am 1. Oktober ins Leben getreten, und schon ist der Feldzug gegen ihn in vollem Gange. Parallel mit der Bewegung zur Abschaffung des Gesetzes gehen die Bestrebungen, das Gesetz in einer Weise umzubiegen, daß die dort gewährten Möglichkeiten zur zeitweiligen Aufhebung des Achttundentages zur Regel werden sollen. Auch eine andere wichtige Frage ist bezüglich der Anwendung des Gesetzes über den Achttundentag gegen die Interessen der Arbeiterschaft entschieden worden. Das belgische Gesetz fordert, daß die Löhne infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden dürfen. Diese Maßnahme entspricht den Empfehlungen der Washingtoner Konferenz. Jetzt liegt eine amtliche Auslegung dieser Verfügung vor, wonach die Lohnherabsetzungen fast immer so betrachtet werden, als seien sie Folgen der wirtschaftlichen Lage und nicht des Achttundentages. Die Stundenlöhne hätten nach Ansicht des Gesetzes folgerichtig erhöht werden sollen. Jetzt wird das Gesetz so ausgelegt, daß, wenn ehemals eine lange Arbeitszeit zur Erzielung dringender Bestellungen eingeführt war, der Stundenlohn so anzusehen sei, als ob in einem Teil des Tages Überstunden geleistet worden wären, und man ihn demnach bei Bemessung des neuen Stundenlohnes auf einen niedrigeren Lohnsatz zurückzuführen könne. Und so weiter! Die organisierte Arbeiterschaft ist genötigt, ihre besten Kräfte für den Kampf um die Aufrechterhaltung eines schwer erworbenen Rechtes einzusetzen.

Die in den Hausdruckereien der Metallindustrie beschäftigten Buchdrucker sind in den Streit eingetreten zwecks Eringung tariflicher Arbeitslöhne. Die Entlohnung ist zurzeit bis 100 M. unter dem Tariflohn! Es ist streng darauf zu achten, daß die aus den genannten Betrieben herrührenden Arbeiten unter allen Umständen zurückgewiesen werden. Es handelt sich um die Ein- und Durchführung der von allen Berliner Buchdruckereien anerkannten und gezahlten Tariflöhne. Diese Buchdruckereien haben selbst ein großes Interesse daran, die Schmutzkonkurrenz nicht aufkommen zu lassen. Die Berliner Buchdruckfirmen dürfen nicht dulden, daß sie als Nothilfe gebraucht werden; sind sie gehalten, die tariflichen Löhne zu zahlen, dann kann man dies von den gut fundierten Hausdruckereien der Berliner Metallindustrie erst recht verlangen. Kollegen, übt Solidarität! — Die Streikleitung.

Die Schweizer Gewerkschaften und das Internationale Arbeitsamt. Die Frage der Mitarbeit beim Internationalen Arbeitsamt bewegt die Gewerkschaften schon seit geraumer Zeit. Von radikaler Seite war beantragt worden, sowohl die Beteiligung am Verwaltungsausschuss sowie auch die jährliche Konferenz aufzugeben. Eine besondere Konferenz der Gewerkschaftsvorstände und Delegierten der örtlichen Arbeiter-Unionen oder Gewerkschaftskomitees lehnte jedoch alle derartigen Anträge ab und beschloß mit 37 gegen 9 Stimmen die Annahme folgender Resolution:

„Die Vorbedingung für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist das Vorhandensein einer schlagfertigen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisation, die der herrschenden Klasse im Kampfe ihre Privilegien Stück um Stück entreißt und die die Arbeiterkraft auf den Sozialismus vorbereitet.“

Von der Voraussetzung ausgehend, daß alle Möglichkeiten, diesen Ziele näherzukommen, berücksichtigt werden müssen, beschließt der Ausschuss des Schweizer Gewerkschaftsbundes, seine Vertreter zu den Versammlungen des Internationalen Arbeitsamtes, insbesondere zu den internationalen Arbeitskonferenzen, zu delegieren, um die Lage der Arbeiterschaft vor aller Welt offen darzulegen und die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu vertreten. Diese Bestätigung bedeutet keine Anerkennung der Institution des heutigen Arbeitsamtes; sie dient lediglich der Verfestigung der Arbeiterinteressen an der einzigen internationalen Institution, an der Arbeitervertreter zugelassen sind.“

Die französische Saargrubenverwaltung hat die mit den Bergarbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge zum 15. November d. J. gekündigt.

Wertmessenverband, Fachgruppe 30, Wagen- und Karosseriebau: Versammlung heute 7 Uhr im Schulthei, Neus Jolaber, 24/25.

Zentralverband der Schuhmacher, Route 6/4, Uhr Generalversammlung bei Becker, Weberstr. 17. Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte legitimiert.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter, Augustenstraße: Heute 6 Uhr Versammlung aller Kolonialisten. — Freitag 3 Uhr in Seemanns Hallen, Neumannstr. 27, Brandversammlung aller in Kleinfabrik- und Vorleistungsbetrieben Beschäftigten.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Route 6 Uhr Offiziellenkonferenz, Brande 12 (Neue, Verwaltungsarbeiter), im Hofes Gefäß, Weberstraße 17.

Zentralverband der Anzeiger, Freitag, Kreis: Funktionärsversammlung 7 Uhr in der Neuen Philharmonie, Rönnecker Str. 9/107. Sitzungsanfrage zur Wahl der Delegierten. Die Schlichtungsausschüsse treffen sich eine Stunde früher. — Betriebsversicherungsbeamten: Mitgliedsversammlung 8 Uhr im Restaurant Gasse, Kohler, 6.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche der Geschichtsführer, Lagerarbeiter usw.: Freitag, den 11. November, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Gruppe Holzprobste, Versammlung. Tagesordnung: Rindfleisch und die bestehenden Lohnsätze. — Brande Kleinfabrikbetriebe, Verwaltungsbetriebe und Vorleistungsbetriebe: Freitag, den 4. November, 1/2 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Holzprobste, Versammlung. Bericht über den Stand der Verhandlungen spez. Ausweitung der Lohn- und Gehaltsätze in den Reichs- und Staatsbetrieben. — Diätist: Abend und Umgeben: Sonntag, den 7. Uhr bei Stippel, Abend, Schützenallee Str. 8, Diätistenversammlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeitsgemeinschaft für die weibliche Schule Berlin-Gumbelstraße: Sitzung Freitag, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, K. Gemeindehalle, West-Prinzenstraße, Gumbelstraße. Gäste sehr willkommen. — Arbeitervereine „Kohle“, (Mitgl. z. N. M. V.) nimmt nach Mitglieder auf. Sitzung Freitag, 8 Uhr, Charlottenburg, Wilmersd. K. Ausstellung während des Winters durch Saargruben. — Freie Arbeiter-Emancipations-Kommission. Am Freitag, den 4. November, müssen sämtliche Mitglieder im Vorabend zweis. Dienst zum 8. November erscheinen. Außerdem findet ein Vortrag über das Auge mit praktischer Vorführung statt. Gäste können an diesem Vortrag mit teilnehmen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Publikum wird gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß die nachgenannten Schenkstücke bis auf weiteres erst von 10 Uhr ab für den Verkauf geöffnet sind.

Kronstein, Bornhof, Kaiser, Marzahn, Neuhof, Stiller.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag Norddeutscher-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Carlshaus-Druckerei u. Verlagsanstalt Gust. Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8. Diegen eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Gemwelt“.

Kanflavin-Pastillen

zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle
besonders bei
**Grippe, Heiserkeit, Halsentzündung, Ver-
schleimung.**
Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Alexanderpl., Abl. Frische Blumen:
Obstbäume
zur Herbstpflanzung
darunter Pfirsichbäume, sehr preiswert

Lebensmittel

Gutschriften-Abteilung
in unserem Hause Leipziger Str.
Auskunft in der Gutschriften-
Abteilung im Zwischenstock

Leberwurst 2-Pfd.-Dose	9⁰⁰
Blutwurst 2-Pfd.-Dose	9⁰⁰
Rotwurst 16 ⁵⁰	Gänse- 13⁰⁰
Landleberwurst 14 ⁰⁰	Suppenhühner 12⁵⁰
Bauernmettw. 19 ⁵⁰	Hirschfleisch 7⁵⁰
Rindfleisch 2. Pfd.-Dose	15⁵⁰
	Hasen gestraift. 13⁰⁰

Frisches Fleisch	
Suppenfleisch Pfd.	9⁰⁰
Schmorfleisch mit Knochen Pfd.	11⁰⁰
Roastbeef mit Knochen Pfd.	10⁰⁰
Kalbskamm Pfd.	9⁰⁰
Kalbsbrust und -rücken Pfd.	10⁰⁰
Kalbskeulen Pfd.	11⁰⁰
Hammelfleisch Pfd.	11⁰⁰
Schabefleisch Pfd.	13⁰⁰

Gfr. Kaninchen 4 ⁸⁰	sh. Kopf u. Flügel Pfd.
Spiegel-Karpfen lebend	11⁵⁰ Pfund
Weizenmehl 4 ⁰⁰	Pfund
Weizengriess 4 ⁷⁵	Pfund
Nudeln 7 ⁰⁰	Pfund
Kaffeemich. 8 ⁰⁰	mit 25% Sahne Pfd.
Weißkohl 90 ⁰⁰	Pfd.
Sellerie 1 ⁴⁰	Pfund
Möhren 60 ⁰⁰	Pfund
Spinat 65 ⁰⁰	Pfund

Besonders preiswerte Weine u. Spirituosen

1918 ^{er} Montagna-Rotw. 1/2-Liter-Flasche 10 ⁰⁰ 100 ⁰⁰	1919 ^{er} Edenkobener 1/2 12 ⁵⁰ 120 ⁰⁰	1919 ^{er} Schloss Böckelh. 1/2 24 ⁰⁰ 225 ⁰⁰	Weinbrand-Verschnitt 1/2 Flasche 42 ⁵⁰	Halb und Halb 1/2 Flasche 48 ⁵⁰
Insel Samos 1/2-Liter-Flasche 18 ⁵⁰ 90 ⁰⁰	1919 ^{er} Niersteiner 1/2 18 ⁵⁰ 180 ⁰⁰	1919 ^{er} Neustädter Grain 1/2 25 ⁰⁰ 240 ⁰⁰	Weinbrand-Verschnitt 1/2 Flasche 48 ⁵⁰	Cherry-Brandy 1/2-Spec.-Fl. 56 ⁰⁰
Oesterr. Süßwein 1/2-Liter-Flasche 18 ⁵⁰ 90 ⁰⁰	1919 ^{er} Dorsh. Berg 1/2 24 ⁰⁰ 225 ⁰⁰	1915 ^{er} Nierst. Galgenbg. 1/2 28 ⁵⁰ 275 ⁰⁰	Alter Weinbrand 1/2 Flasche 52 ⁵⁰	Stonsdorfer 1/2-Special-Flasche 56 ⁰⁰

Alter Tarragona
vorzügliche Qualität
24⁰⁰ 10 Flaschen **225⁰⁰**



Sonnengartner
Alter spanischer Dessertwein
24⁰⁰ 10 Flaschen **225⁰⁰**

Wir empfehlen vor der Steuererhöhung rechtzeitige Eindeckung

Groß-Berlin

Ein irrsinniger Frauenarzt.

Skandalöse Vorkommnisse aus der Praxis einer Kartenlegerin.

Vor dem Schwurgericht des benachbarten Potsdam hat ein Prozeß gegen den 58-jährigen praktischen Arzt Dr. med. Karl Steußloff...

Der angeklagte Arzt Dr. Steußloff war 1914 nach Rathenow gekommen und wurde bald darauf mit der Mitangeklagten Käthe bekannt...

Im Operationszimmer Dr. Steußloffs waren haarsträubende Zustände eingerissen. Patientinnen mit 40 Grad Fieber und schweren Infektionen...

Dr. Hagemeister aus der Anstalt Neu-Kruppin bezeichnete den Angeklagten als einen Menschen mit erheblichem Schwachsinn und ethischem und moralischem Defekt...

Die mißlungene Kindesunterschlebung.

Wie ein Proletarierkind ein Gräßlein werden sollte.

Wegen Kindesunterschlebung hatte sich die Hebamme Frau Vott, die in Wilmersdorf eine Privatentbindungsanstalt hat...

Eine Gräfin Einsiedel hatte eine Fehlgeburt gehabt, magte aber nicht, ihr Mißgeschick ihrem Ehemann mitzuteilen...

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Vor einem der kleinen, alten Karussells sah sie Oberlehrer Sanders. Eine lärmende Bande schmutziger Jungen balgte sich um Geschütze...

Er brauchte keine Sorge zu haben. Alles Kleingeld wanderte in die schmutzigen Hände des Karussellbesizers...

Ein Schupmann sah mißmutig auf den Tumult um den alten Herrn mit den Brillengläsern. Er überlegte eine Weile...

Einen Augenblick dachte Fräulein daran, den Oberlehrer anzusprechen und ihn um Hilfe gegen diesen unheimlichen Alten anzurufen...

„Ach, Sie sind es, Fräuleinchen. Ich sah Sie schon.“ „Was wollen Sie von Hermann Göcke?“ fragte Fräulein kurz...

„Gefahr Justiz ist diskret,“ sagte er. „Gefahr Justiz weiß, was er seinen Kunden schuldig ist.“

Rein, er sollte ihr nicht entkriechen. Fräulein nahm all ihren Mut zusammen. „Soll ich erst den Schupmann herbeirufen?“

Der Alte zuckte etwas zusammen. Nur etwas. Aber Fräulein hatte es wohl bemerkt. „Also, was ist das für ein Papier, von dem Sie sprachen?“

„Wollen Sie es zahlen, Fräuleinchen? Dann ist es etwas anderes. Sind Sie vielleicht die Braut von dem jungen Herrn?“

sich einen Erben wünschte. Sie verfiel dann auf den Gedanken, sich ein neugeborenes Kind zu beschaffen, eine Geburt vorzutauschen...

Die Anmeldung auf dem Standesamt zur Eintragung in das Geburtsregister verzögerte sich durch den Umstand, daß die Heiratsurkunde nicht zur Stelle war...

Die Angeklagte war gekündigt und entschuldigte sich mit der großen Not, in der sie gelebt habe. — Das Verfahren gegen die Gräfin E. ist auf Grund der Amnestie eingestellt worden...

Das Familienquartier in der Badestube.

Ein Kulturbild aus dieser Zeit der Wohnungsnot.

Wohnungssuchende, denen so rasch kein Wohnungsamt zu helfen vermag, müssen oft mit den elendesten Unterkunftsbedingungen bis auf weiteres vorlieb nehmen...

Die Frau war Wirtschaftlerin bei einem in diesem Hause wohnenden Witwer, der eine Wohnung von acht Zimmern hat. Zwei Zimmer waren der Wirtschaftlerin und ihrer Familie als Wohnung überlassen...

Am 1. Oktober nachmittags kam dann ein Gerichtsvolkshierher und ermittelte die Familie, indem er durch seine Leute die Möbel, Küchengeräte, Kleider, Wäsche usw. auf den Hausflur schaffte...

Die Wirtschaftlerin erkundete im Hause Viktoriastr. 34a, das der Mutter dieses Herrn gehört und auch sein Geschäftsbureau beherbergt, eine kleine Wohnung und wurde dann am 12. Oktober vom Wohnungsamt in sie eingewiesen...

Fräulein wurde rot. Sie fragte nur: „Was ist das für ein Papier?“

„Ein Wechselchen,“ sagte er gedämpft, „ein ganz kleines, harmloses Wechselchen. Aber ich bin ein armer, alter Mann und kann nicht noch länger auf Bezahlung warten.“

„Wieviel ist es?“ Fräulein überschlug blühschnell ihren Vermögensstand auf der Spartasse, sie wußte selbst nicht, warum.

„Wieviel? Ach nur ein kleines Sümmechen —“

„Gott sei Dank,“ entfuhr es Fräulein.

„Nur tausend Taler —“ fuhr der Alte fort.

Fräulein stand das Herz einen Augenblick still. „Dreitausend Mark?“

„Ja. Wollen Fräuleinchen es für den jungen Herrn zahlen? Ich wohne ganz in der Nähe. Pfefferstadt. Wenn Fräulein mitkommen will.“

„Aber so viel könnten Sie doch dem jungen Mann nicht borgen?“

„Warum nicht? Ist er nicht der Sohn vom reichen Göcke? Ein Narr werde ich sein und das Geschäft einem anderen lassen!“

Hermann war also in die Hand dieses Wucherers gefallen, dessen Gewissen ebenso schmerzhaft sein mochte wie sein Anzug. Die erzwungene Sparsamkeit zu Hause mußte ihn zur Verschwendung getrieben haben.

„Wollen Sie also das Papierchen auslösen?“ fragte der Alte wieder mit lauerndem Blick.

„Heute nicht. Jetzt nicht.“ stammelte Fräulein.

„Ich werde morgen den Tag über auf das Fräuleinchen warten. Pfefferstadt 22.“ Und er schob langsam weiter, die Hände wieder tief in seine Manteltaschen vergrabend.

Briefe mit fremden Marken kamen ins Haus. Ingenieur Franzius schrieb, daß er für ein paar Wochen nach Hause komme. Er war schon unterwegs. Seine Briefe aus der Kolonie kamen gleichzeitig mit den Briefen aus dem Süden...

Abends bei der Lampe las Frau Franzius die Briefe ihres Mannes vor. Mit ihrer kalten, eifigen Stimme las sie vom Buschland und dem mondbeschiedenen Felsengebirge bei Kare-

mietung erzwungen werden kann, wenn Wohnungsamt und Mieteinigungsamt wollen. Dem Standal sollte schleunigst ein Ende gemacht werden.

Um den Stadtverordnetenvorsteher.

Die sozialdemokratische Fraktion der neuen Stadtverordnetenversammlung hat, wie im „Vorwärts“ am Mittwochmorgen gemeldet wurde, einstimmig beschloßen, bei der Vorstandswahl als jetzt stärkste Fraktion den Posten des ersten Vorstehers zu beanspruchen.

Das „Berliner Tageblatt“ knüpft an diese Beschlüsse einige Betrachtungen über die Personenfrage und sagt dann:

Wie sich die übrigen Parteien zu dem Vorschlag der Mehrheitssozialdemokratie stellen werden, ist noch völlig unsicher. Die nichtsozialistischen Parteien sind über unerbittliche Besprechungen noch nicht hinausgekommen.

Wir sind ersaunt, daß die Berechtigung des Anspruches der stärksten Fraktion auf den Posten des ersten Vorstehers nicht ohne weiteres von dem demokratischen „Berl. Tageblatt“ als selbstverständlich anerkannt wird.

Gegenüber dem berechtigten Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion sagt der „Berliner Lokalanzeiger“:

Ob die Bürgerlichen sich den Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei zu eigen machen werden, steht dahin. Da die Gesamtheit der Bürgerlichen die Mehrheit hat, kann natürlich, wenn die entsprechenden Parteien zusammenhalten, auch die Wahl eines bürgerlichen Stadtverordnetenvorstehers durchgeführt werden.

Hier wird also ziemlich unverhüllt gedroht mit einem brutalen Mißbrauch der Mehrheitsgewalt, die den Bürgerlichen bei den Neuwahlen zugefallen ist.

Ein Mieteinigungsamt für Hausbesitzer.

Ueber eigentümliche Zustände beim Mieteinigungsamt Lichterselde geht uns folgender Bericht zu:

Vom Mieteinigungsamt Lichterselde gewinnt man den Eindruck, daß es den Bestrebungen des Woffabrikantenministeriums, wonach Mieter ohne Verschulden nicht aus der Wohnung gesetzt werden sollen — vgl. Erlass vom 26. Juni 11. 7. 2798 —, den stärksten Widerstand entgegensetzt.

Ein besonders skandalöser Fall liegt jetzt vor: Die Familie Schreinemacher bewohnt im Hause Stubenrauchstr. 1 eine selbständige möblierte 3-Zimmer-Wohnung, die im Dezember 1920, trotzdem sie als leere Wohnung angemeldet war, von der Vermieterin den Wohnungssuchenden entzogen werden konnte...

Die Eheleute Schreinemacher haben es allerdings verobsaunt, nachdem sie den Mietvertrag über eine möblierte Wohnung abgeschlossen hatten, das Mieteinigungsamt zwecks Nachprüfung des Preises anzurufen. Sie haben sich dann bemüht, die Wohnung leer für sich beschlagnahmen zu lassen.

Die Dampfbahn durchschneidet das schwarze Eisensteingeröll der Berge, die in der prallen Sonne glühnen. Marmorbrücke toten sich auf, Pfefferbäume schossen sichtbarlich empor. Im Palmengarten von Otahimbingi arbeiteten die Schwarzen. Ingenieur Franzius ritt durch grünes Buschland am Kamel-dornbäumen vorbei zu den Negerhütten...

„Bernier, poß auf und merk dir die Städte, damit du dich vor deinem Vater nachher nicht blamierst.“

„Ja, Mama. Ich werde sie mir nachher auf dem Atlas aussuchen.“

„Gut. Fräulein soll dir helfen.“

Fräulein versprach es.

Ingenieur Franzius schrieb aus Tunis. Er fuhr durch das Medgerthal, Riesensteile römischer Bauten dörrten in der Sonne. Dredige, zerfetzte Beduinenzelte verunzierten Blumenfelder. Chöre von Nachtigallen sangen aus dichten wuchernden Gärten. „Nach Constantine bin ich nicht gekommen. Die Brücke war überschwemmt.“

„Bernier, du mußt Constantine auf dem Atlas finden. Nicht wahr, Fräulein, es steht drauf?“

Fräulein blickte von Epas Strümpfen auf und sagte: „Gewiß, gewiß.“

Fräuleins Gedanken waren ganz woanders. Sie wandelte unter Palmen und Arabern. Was drunten im Garten rauschte, waren nicht die Obstbäume — es waren Eukalypten oder ähnliches. Und wenn es in den Stachelbeer- und Johannisbeersträuchern raschelte, war es kein Junge aus dem Borderhaus, der da auf Raub ausging. — Schlangen raschelten da, oder Jaguare sehten zum Sprung an.

Sie ging mit Ingenieur Franzius den langen Weg durch die Sonne hindurch und sprach mit ihm von seinem Bruder, von Lothar. Was war mit ihm? Wie ging es ihm? Dachte er noch an sie? So lange schon hatte er nicht geschrieben...

Ingenieur Franzius fuhr an den Morabuts, den Totenhäusern der Moslems, vorbei. Die Würfel mit den Kuppeln leuchteten weiß über den Sand wie Leuchttürme. Platanen, Dattelpalmen, Delbäume, Araukarien, Magnolien. Araberinnen in Seidengewändern blickten schen herüber...

(Fortf. folgt.)

Die Sehnsucht nach Energie!

Ist es nicht beschämend und niederdrückend zugleich, wenn man seine eigenen Vorsätze aus Mangel an Energie nicht ausführt? Und doch ist dies meist nur ein Zeichen schwacher Nerven! Der Nervöse ist vertriehlich, wankelmütig, ungerade gegen sich und andere. Gerade die ihm nahestehenden, haben am meisten darunter zu leiden. Das Familienleben wird unglücklich. Im Beruf kommt er nicht vorwärts, weil ihm das Vertrauen zu sich selbst fehlt sowie Ausdauer und fester Wille. Deswegen ist der Nervöse stets im Nachteil. Wo der Energie Mangel herrscht, klar und richtig handelt zu seinem Vorteil, da schwankt der Nervöse hin

und her oder überläßt sich leicht zu eigenem Nachteil. Die schlechten Folgen ärgern und entmutigen ihn. Um so mehr beneidet er seinen energiegelassen Mitspieler.

Aber niemand sollte es so weit kommen lassen, bis seine Sehnsucht nach Energie in Leid sich verwandelt.

Jeder kann sich die Nerven kräftigen und seine Energie wunderbar anregen. Die Kola- und Gewürz- den Appetit anregen, so Kola-Duly die Energie. Das Blut strömt danach schneller und leichter durch die Adern und versorgt das Gehirn besser. Dadurch allein schon fühlt man sich verjüngt und gestärkt. Aber die Nerven werden durch Kola besonders angeregt.

Kola-Duly wirkt auch so außerordentlich schnell, schon nach wenigen Minuten verspüren Sie ein

Gefühl des Wohlbehagens, der Stärkung, ja der neuerworbenen Energie. Hochtouristen und Forschungsreisende haben es verwendet zur Überwindung großer Strapazen oder um sich neuen Mut einzuschöpfen, wenn sie vor Ermüdung zusammenzubrechen glaubten.

Verühmte Ärzte vieler Länder verwenden es für sich selbst und geben es ihren Patienten. In vielen wissenschaftlichen Arbeiten ist Kola-Duly empfohlen worden. Auch der Leibarzt des Papstes hat sich sehr lobend geäußert.

Kola-Duly bringt Lebensmut und Schaffenskraft sowie das Gefühl der Jugend mit seiner Kraft und Energie, die Erfolg und Glück verbürgen.

Nehmen Sie Kola-Duly eine Zeitlang. Ihre Nerven werden frischer, Müdigkeit und Mattigkeit sind wie fortgeweht. Ihr Selbstbewußtsein er-

füllt Sie, neues Leben durchströmt Ihre Adern.

Tausende kaufen Kola-Duly täglich, auch Sie können es aus fast jeder Apotheke beziehen. Doch ehe Sie einen Pfennig ausgeben, sollen Sie sich auf meine Kosten von der Wahrheit des hier Gesagten überzeugen. Deshalb möchte ich Ihnen gern vorher ein geringeres Quantum zu einem ausreichenden Versuch ganz umsonst übersenden. Ein so gutes und harmloses Mittel braucht keine Prüfung zu scheuen. Sie erhalten umgehend eine kleine Schachtel Kola-Duly unisoni und portofrei. Schreiben Sie bitte Ihre Adresse recht deutlich jetzt gleich, ehe Sie es vergessen, an E. Schwarz, privilegierte Apotheke Berlin A 221, Friedrichstraße 10.

Kola-Duly ist in allen Apotheken zu haben.

Theater, Lichtspiele usw.

GROSSESCHAUSPIELHAUS

Sonntag, den 6. Nov., 3 Uhr

Einmalige Nachmittagsvorstellung

Die Weber

von Gerhart Hauptmann

Opernhaus

Rigoletto

7 Uhr

Schauspielhaus

Der Marquis v. Reith

7 1/2 Uhr

Deutsches Theater

Louis Ferdinand, Prinz von Preußen

Freitag 7 1/2 Uhr: Kean

Kammerspiele

8 Uhr: Der Hühnerhof

Fr. 9: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh.

(Karlstr.)

7 1/2 Uhr: Die Räuber

Fr. 7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater i. d. Königgrätzer Str.

Täglich 7:30 Uhr:

Manon Lescaut

(Orska, Janssen, Rimmann, Bildt, Brandt, Picha, Reinkopf, Appelt, Klupp, May)

Komödienhaus

Täglich 7:30 Uhr:

Die Fahrt ins Blaue

Gilber, Richard, Ergl, Fröckl, Sieda, Dornburg

Berliner Theater

Täglich 7:30 Uhr:

Prinzessin Olala

Fritzi Massary a. G.

Ralph Art. Roberts

Pepi Zampa, Kiper

Central-Theater

8 Uhr: D. Detektivmadel

Deutsches Opernhaus

7 1/2 U. D. Niegende Holländer

Friedr. Wilhelmstadt, Th.

8 Uhr: American Girl

Intimes Theater

8 U: Die Spelunke / Lauf doch nicht immer nach herum

Kleines Schauspielhaus

7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)

Lustspielhaus

7 1/2 U.: Peter Brauer

Metropol-Theater

7 1/2 U.: Die Straßensängerin

Neues Operntheater

8 Uhr: Königin d. Nacht

Neues Theater am Zoo

8 Uhr: Das Ewig-Männliche

Neues Volkstheater

7 1/2 Uhr: Die Wildente

Schiller-Th. Charlottenb.

8 Uhr: Meine Frau, die Hofschaulpielerin

Schloßpark-Th. Steglitz

7 1/2 U.: Alles um Geld

Thalia-Theater

7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte

Theat. d. Nollendorferplatz

7 1/2 Uhr: Heimat

7 1/2 U.: Die Ehe im Kreise

Theater des Westens

7 1/2 U.: Braut d. Lucullus

Süd. 3 1/2 U.: Hässel u. Greisl

Th. d. Kommandantenstr.

(Jüd. Künstler-Theater)

7 1/2 Uhr: Dnyuk

Wallner-Theater

7 1/2 Uhr: Nixchen

Volkoper. Wahnha-Th.

8 Uhr: Glocken v. Corneville

Volkstheater

Theater am Bölowplatz

7 1/2 U.: Nach Damaskus

Lessing-Theater

7 1/2 Uhr:

Die Spielereien einer Kaiserin

Freitag 7:30

Der lustigste Herr Tschau

Sonntag u. Sonnt. 7 1/2 U.:

Die Spielereien einer Kaiserin

Deutsches Künstler-Th.

7 1/2 Uhr zum 1. Male:

Der heilige Ambrosius

Komödie von Wilmar und Reuber

Musik von Leo Fall

(Adalbert, Flehr, Heremann, Holan, Schulz)

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Der heilige Ambrosius

Residenz Theater

Täglich 7:30 Uhr:

Der König in Paris

Ogata, Imburg, Kaiser-Titz, Eise Wass, Eugen Rex

Trianon-Theater

Täglich 7:30 Uhr:

Mein Freund Teddy

Arnold Korff, Lotte Klöder

W. Bendow, Gls. Scheider-Nissen, Fr. Schönmann

Kleines Theater

Täglich 7:30 Uhr:

Frl. Josette - meine Frau

Eugen Burg, Carola Toebe

Falkenstein, R. Maas

Theater des Ostens

(Rose-Theater)

7 1/2 Uhr:

Fidele Brüder

Theater am Kurfürstendamm

Allabendl. 8 Uhr

Ingeborg

Eckersberg, Sandrock, Goetz, Günther, Walter

Trihüne. 7 Uhr:

Die fremde Frau

mit Rosa Valenti

Größenwahn

Leitung: Rosa Valenti

Allabendl. 8 1/2 Uhr

FOLIES CAPRICE

WINTERTHEATER

Variété - Spielplan

Rauchen gestattet!

Theat. a. Kottbus. Tor

Seit Beginn 1907

7 1/2 Uhr und Sonnt. nachm. 3 U.

Elite-Sänger

10 Herren - 10 Damen

Wig! Komit! Am. helbe Grotte

Seit. 11-12 u. 4-6

Metropol

Behrenstr. 54

8 Uhr

Max Marzell

2 Orelas

Max Sover eign

Käthe Nickl

Lachpfeifenwolf

Erna Anre

4 Millions

Carl Braun

Maria Warhaus

Schiller & Jérôme

Ernst Riedel

Laurentien-Variété

Der unerreichte Novbr. - Spielplan!

Beginn 8 Uhr.

2 Palmeres

Carl Wagner

Darling & Kertelky

2 Gesottijs



ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER
in reicher Auswahl in allen vier Geschäften der Firma A. Wertheim

KOMISCHE APOLLO OPER THEATER

DIREKTION JAMES KLEIN

Alte Oper 7 1/2 Uhr

Die große Revue:

Der Herr der Welt

75 Damen Ballet!

Keine Bühne der Welt bietet solche Pracht-ausstattung u. Namen berühmter Darsteller. Vorverkauf in beiden Theatern den ganzen Tag ab 10 Uhr ununterbrochen.

Frau Luna

Dr. Inszenierungsgenie

50 Damen Ballet!

Grigol's Luftballon

Fr. 6. 2. Zerstörungs-Vorverkauf in beiden Theatern den ganzen Tag ab 10 Uhr ununterbrochen.

Von heute ab befinden sich unsere Geschäftslokalfitäten

Jerusalemstr. 18 zwischen Hausvogteiplatz und Letzinger Straße

Lud. Müller & Co.

Bank- und Lotterie-Geschäft

Jerus.: Jerus. 1585, 2254 Tel.-Nr.: 6165 Müller

Ludwig Müller Friedrich Müller

Staatl. Lotterie-Einnahmer

Ziehung 7.-10. November

Geld-Lotterie

zur Wiedererrichtung der Marienburg

300 000 Lose, 13 187 Gew. =

500 000

Hauptgewinn Mark:

100 000

75 000

50 000

25 000

Lose zu 6 Mark

Perls u. Lote 1.50 M. extra

Lud. Müller & Co.

Berlin 619

Jerusalemstr. 18

Lose überall erhältlich

Der Familienkalender des arbeitenden Volkes

VORWÄRTS ALMANACH

1922

In Deutschland hergestellt, reich illustriert, enthält er viele interessante Aufsätze über wichtige Organisationsfragen, jener Erzählungen, Anekdoten, u. a. m. für Jung und Alt.

Preis in Einz. 1 Mark, Mehrfachbestellung Mark 4.-

Buchhandlung

VORWÄRTS

BERLIN SW. 68

LINDENSTRASSE 6.

Reichshallen-Th. Stettiner Sänger

Abds. 7 1/2 u. 9 Uhr

Stg. nachm. 3 Uhr

Nachm. 7 Uhr

Variété-Darb. Hoff - Brodt

Admirals-Palast

7 1/2 Uhr: Abrakadabra

Wintelhausen

1846 • Jubiläums-Brand • 1921

Die deutsche Weinbrandmarke

Metallbetten

Stahlmattg., Federbetten

die an G. Schwarz, Patent- u. Metallwaren-Fabrik, Berlin, Friedrichstraße 10, zu beziehen sind.

